

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die zweite Welle der Corona-Pandemie trifft Europa in diesem Herbst mit voller Wucht. 7,3 Mio. Fälle wurden bis zum 1. November 2020 registriert (EU, EWR und UK). Knapp 222.000 Menschen sind an den Folgen einer Covid 19-Erkrankung verstorben. Die vom Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten ([ECDC](#)) erstellten Übersichten zeichnen ein in vielen Teilen Europas tiefrotes Bild der aktuellen Entwicklung bei den Neuinfektionen (siehe im Weiteren unter 1.). In unserem Gastland, dem Königreich Belgien, ist die Entwicklung europaweit mit am schlimmsten.

In Brüssel liegt die Zahl der Neuinfektionen bei ca. 1.200 je 100 Tsd. und Woche, also 24-fach über dem Grenzwert des Robert-Koch-Instituts für die Ausweisung eines Risikogebiets. Es werden zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um die nochmalige Überforderung des hiesigen Gesundheitssystems zu verhindern oder doch wenigstens abzumildern. Diese Beschränkungen, sind in ihrer Gesamtheit sehr ähnlich der Situation im März/April 2020. Auch die EU Kommission hat am 28. Oktober [neue Gegenmaßnahmen](#) beschlossen.

In diesem schwierigen Umfeld muss die deutsche Ratspräsidentschaft arbeiten und für alle Bürgerinnen und Bürger Europa dringend benötigte Ergebnisse vermitteln. Es liegt in der Natur von Verhandlungen, dass oftmals die schwierigsten Themen den größten Termindruck benötigen. Das wichtigste Dossier der Stunde, die Entscheidung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 und der 750 Mrd. € schwere Corona Wiederaufbaufonds, hat offensichtlich diesen Punkt der Entscheidung noch nicht erreicht.

Rat und Europäisches Parlament stehen sich noch mit weit auseinanderliegenden Positionen gegenüber. Der Plan, gemeinsam als EU Kredite aufzunehmen, gibt einzelnen Mitgliedstaaten starke Verhandlungshebel in die Hand. Erste Ergebnisse gibt es aber bei den ebenfalls sehr komplizierten Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner hat im Rat ein Verhandlungsmandat mit ihren Amtskolleginnen und Kollegen ausgehandelt. Nachdem auch das EP seine Positionen fixiert hat, ist für November möglicherweise eine Einigung auf diesem Gebiet in Sicht (Sachstand siehe 6.).

Der Brexit ist ein weiteres Beispiel dafür, wieviel Zeit und Termindruck manchmal erforderlich ist, um Verhandlungen zu einem Ende zu bringen. Im Januar 2013 verkündete der damalige britische Premierminister David Cameron, er wolle das britische Volk mit einer simplen „Ja/Nein-Frage“ über die Mitgliedschaft in der EU abstimmen lassen. Als Cameron dann aber im Juni 2016 überraschend das Brexit-Referendum verlor, wurde Tag für klarer wie viele schwierige Fragen durch das vermeintliche simple Referendum aufgeworfen wurden.

Fast 8 Jahre, nachdem Cameron seine verhängnisvolle Idee präsentiert hat, über 4 Jahre nach dem Referendum und 10 Monate nach dem formellen Brexit haben sich die EU und das Vereinigte Königreich zu einer wirklich letzten Runde von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zusammen gesetzt. Als äußerste Frist für ein Ergebnis, dem auch noch die Parlamente zustimmen können, ist jetzt der 13. November 2020 im Raum. Viel hängt davon ab, ob auf den letzten Metern des bislang so destruktiven Brexit-Prozesses, noch ein Mindestmaß an Vernunft die Oberhand behält. Die Fischindustrie Mecklenburg-Vorpommern z.B. benötigt den Fisch aus britischen Gewässern ebenso wie die britischen Fischer Kontinentaleuropa als Absatzmarkt. Daraus sollten sich doch eigentlich konstruktive Lösungen entwickeln lassen. Der November 2020 ist diesbezüglich endgültig der Monat der Entscheidung.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Lars Friedrichsen

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
Arbeitsprogramm der Kommission für 2021	5
Weiter erhebliche Differenzen zu langfristigem EU-Haushalt	6
Covid-19 Pandemie: Kommission will befristeten Beihilferahmen verlängern	6
Corona-Pandemie in der EU/UK/EWR	7
Kommission und EP gegen „Goldene Visa/Reisepässe“	7
EP schreibt Caruana-Galizia-Preis für investigativen Journalismus aus	7
Kommission verabschiedet neue Strategie für Open-Source-Software	8
Eurobarometer-Umfrage: Wirtschaftliche Lage größte Sorge der EU-Bürger	8
Europäische Route der Leuchttürme	9
2. Inneres	10
Vertragsverletzung gegen Ungarn: Zugang zu Asylverfahren	10
COVID-19: Empfehlungen zu Beschränkungen der Freizügigkeit	10
Rat will Polizeipartnerschaften und das Asylsystem stärken	11
Rat: Verhandlungsposition zum EU-Katastrophenschutzverfahren	12
3. Justiz, Verbraucherschutz	13
Vertragsverletzung gegen Polen zum polnischen Justizgesetz	13
Rat: Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet	13
EP fordert konkrete Vorschläge zum Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz	13
Kommission will Menschenrechtsverletzungen weltweit besser verfolgen	14
Rat fordert stärkere Digitalisierung der Justiz	14
EP fordert wirksamen Rechtsstaatsmechanismus	14
EuGH: Vorratsspeicherung nur in Ausnahmefällen zulässig	15
EuGH: Völkerrechtliche Verpflichtungen als Teil des europäischen Rechts	15
4. Finanzen	16
Übertragung von Durchführungsbefugnissen bei der Mehrwertsteuer	16
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Außenwirtschaft	17
Zwischenbilanz zur Umsetzung der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise	17
Kommission: Arbeitsprogramm für 2021 präsentiert	17
Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung gestartet	17
EIB-Gruppe und Commerzbank unterstützen KMU in Deutschland in der Coronakrise	17
EU ist bereit für Führungsrolle in globalen Gesundheitsfragen	18
Coronavirus: Kommission schließt dritten Vertrag über Impfstoff	18
Kommission unterzeichnet Vertrag über Beschaffung von Remdesivir	18
Coronavirus: EMA startet Zulassungsverfahren für zwei Impfstoffkandidaten	18
Europäisches Tourismusforum	19
Unternehmen bekommen Sanktionsberatung für Handel mit Iran	19
EP für ehrgeizige Handelsagenda	19
EU-Rahmen für Prüfung ausländischer Investitionen voll funktionsfähig	19
Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich	19
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt	20
Rat nimmt neue Trinkwasserrichtlinie an	20
Rat: Position zum Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik	20
EU-Agrar- und Lebensmittelprodukte sollen in China geschützt werden	20
EU-Agrarpolitik soll umweltfreundlicher, gerechter und krisenfester werden	21
Veggie-Burger und Tofu-Steaks: Keine Änderung der Kennzeichnung von Produkten auf pflanzlicher Basis	21
EU-Parlament gegen Entwaldung	21
EU-Forststrategie: Bewirtschaftung der EU-Wälder und Waldgebiete	22
EU-Parlament lehnt Gesetzgebung zu Lebensmitteln mit Acrylamid und Titanoxid ab	22
Rat tagt zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“	22
Fangbeschränkungen Ostsee für 2021	23
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur	24

Europäische Woche der beruflichen Qualifikationen.....	24
Bericht zur Bezahlung von Lehrkräften und Schulleitern	24
Digitale Kluft im Bildungswesen	24
EuGH erklärt ungarisches Hochschulgesetz in Teilen unvereinbar mit EU-Recht	24
Zusammenarbeit und Innovation im europäischen Museumssektor	24
Neues Europäisches Bauhaus	25
Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2020	25
Verlängerung der Europäischen Kulturhauptstädte	25
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung.....	26
Nordic Breakfast zum Thema Offshore	26
Kommission; Kollegium beschließt Mitteilung zur Gebäude-Renovierungswelle	26
Hochkarätige Konferenz zum Thema Wasserstoff.....	26
Kommission bewertet nationale Energie- und Klimapläne	26
9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport.....	28
EP fordert weitere Stärkung der Jugendgarantie	28
Erste European Gender Equality Week	28
10. Medien.....	29
Berichte zur Bekämpfung von Desinformation veröffentlicht	29
11. Ausschuss der Regionen	30
140. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	30
12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	31
Wettbewerb für kreative Köpfe - Baltic Sea Youth Dialogue 2020	31
Präsident der KPKR Ostsee-Kommission im Amt bestätigt	31
Fördermöglichkeit für Anschubprojekte in der EU-Ostseestrategie	31
Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie diskutiert Fortschritte und Perspektiven.....	31
Interview mit Herrn MdEP Nienäb zur Zukunft von INTERREG	32
13. Laufende Konsultationen	33
14. Termine	35
15. Ansprechpartner	37

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Arbeitsprogramm der Kommission für 2021

Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm 2021 angenommen. Es enthält neue Gesetzgebungsinitiativen zu den politischen Prioritäten der Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen und schließt an ihre erste Rede zur Lage der Union im September an. Hier einige zentrale Vorhaben:

1. Ein europäischer Grüner Deal

Um bis 2050 ein klimaneutrales Europa zu erreichen, wird die Kommission ein Legislativpaket „Fit for 55“ vorlegen, mit dem die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden sollen. Darüber hinaus wird die Kommission Maßnahmen zur Umsetzung des europäischen Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft, der EU-Biodiversitätsstrategie und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorschlagen.

2. Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist

Die Kommission wird einen Fahrplan mit klar definierten digitalen Zielen für 2030 in Bezug auf Konnektivität, Kompetenzen und digitale öffentliche Dienste vorlegen. Der Schwerpunkt wird auf dem Recht auf Privatsphäre und Konnektivität, der Meinungsfreiheit, dem freien Datenverkehr und der Cybersicherheit liegen. Die Kommission wird Rechtsvorschriften in den Bereichen Sicherheit, Haftung, Grundrechte und Datenaspekte der künstlichen Intelligenz erlassen. Im gleichen Sinne werden europäische e-ID-Initiativen auch eine Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa umfassen, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie Rechnung zu tragen, sowie einen Legislativvorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern.

3. Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

Um sicherzustellen, dass die Gesundheits- und Wirtschaftskrise sich nicht zu einer sozialen Krise ausweitet, wird die Kommission einen Aktionsplan vorlegen, um die europäische Säule sozialer Rechte vollständig umzusetzen und dafür zu sorgen, dass bei der Erholung Europas niemand zurückgelassen wird. Die Kommission wird außerdem eine neue europäische Kindergarantie vorschlagen, die den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung für alle Kinder gewährleistet.

4. Ein stärkeres Europa in der Welt

Die Kommission wird dafür sorgen, dass Europa in dieser fragilen Welt seine entscheidende Rolle spielt, indem sie unter anderem eine Führungsrolle bei der weltweiten Reaktion auf die Gewährleistung eines sicheren und für alle zugänglichen Impfstoffs übernimmt.

5. Fördern, was Europa ausmacht

Angesichts von COVID-19 wird die Kommission den Aufbau einer stärkeren Europäischen Gesundheitsunion vorschlagen, insbesondere durch die Stärkung der Rolle bestehender Agenturen und die Einrichtung einer neuen Agentur für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung. Um das Funktionieren des Schengen-Raums zu erhalten und zu verbessern, wird eine neue Strategie für die Zukunft des Schengen-Besitzstandes vorgelegt. Im Anschluss an das neue Migrations- und Asylpaket wird eine Reihe von Maßnahmen zur legalen Migration vorgeschlagen, darunter ein „Talent- und Kompetenzpaket“. Die Kommission wird die Sicherheitsunion weiter stärken und Terrorismus, organisierte Kriminalität und hybride Bedrohungen bekämpfen. Ferner wird sie eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus vorlegen.

6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Um eine Union der Gleichstellung aufzubauen, wird die Kommission neue Strategien für Kinderrechte und Menschen mit Behinderungen sowie einen Vorschlag zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt vorlegen. Ferner wird sie vorschlagen, die Liste der Straftaten mit europäischer Dimension um alle Formen von Hasskriminalität und Hassrede zu erweitern. Im Rahmen einer langfristigen Vision für den ländlichen Raum werden Maßnahmen vorgeschlagen, durch die das Potenzial dieser Gebiete bestmöglich genutzt wird.

[Mitteilung der Kommission vom 19. Oktober](#)

Weiter erhebliche Differenzen zu langfristigem EU-Haushalt

Beim Europäischen Rat am 15./16.10.2020 wurde weiter um den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) und das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) gerungen. Das Europäische Parlament hatte dabei zusätzliche 39 Mrd. € für 15 Flaggschiffprogramme, z. B. für Erasmus+, Horizont Europa und Migration gefordert und beharrte auf der Einführung eines wirksamen Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Außerdem forderte das Parlament die Einführung neuer Eigenmittel. Auch von Ratsseite wurde betont, dass die MFR-Verhandlungen in einer entscheidenden Phase seien. Man brauche schnell Ergebnisse, da es ohne Einigung zum MFR kein grünes Licht für NGEU gebe. Eine Einigung wurde jedoch nicht gefunden.

In den weiteren Trilogverhandlungen nach dem Europäischen Rat ist auch Ende Oktober keine Einigung in Sicht. Ein von Parlament am 28. Oktober vorgelegtes Kompromisspaket sah vor, dass wichtige EU-Programme nur mehr um 12,9 Mrd. € erhöht werden, bei gleichzeitiger Erhöhung des gesamten mehrjährigen Finanzrahmens um diesen Betrag. Das Parlament fordert diese Erhöhung um zu verhindern, dass die Schuldenrückzahlung ab 2027 zulasten der Ausgabenprogramme Erasmus+, Horizont Europa und Migration geht. Dies wurde vom Rat abgelehnt.

[Webseite zum Europäischen Rat am 15./16.10.2020](#)

[Kompromissvorschlag des Vorsitzenden des EP-Haushaltsausschusses gegenüber dem deutschen Ratsvorsitz vom 13.10.2020 \(in englischer Sprache\)](#)

[Pressemitteilung des EP zu seinem Kompromissvorschlag vom 15.10.2020 \(in englischer Sprache\)](#)

[Pressemitteilung EP vom 29. Oktober 2020 \(in englischer Sprache\)](#)

Covid-19 Pandemie: Kommission will befristeten Beihilferahmen verlängern

Die Kommission will den [Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen](#) zur Stützung der Wirtschaft infolge der COVID-19-Pandemie bis zum 30. Juni 2021 verlängern und seinen Geltungsbereich anpassen. Einen entsprechenden Vorschlagsentwurf hat sie am 5. Oktober 2020 den Mitgliedstaaten vorgelegt. „Der Befristete Rahmen hat in den vergangenen sieben Monaten potenzielle staatliche Unterstützungsmaßnahmen im Gesamtumfang von fast drei Billionen € für die am stärksten von der Coronakrise betroffenen Unternehmen ermöglicht. Die Auswirkungen der Krise werden wir jedoch noch einige Zeit spüren. Wie bereits bei der Annahme des Befristeten Rahmens im März 2020 angekündigt, prüft die Kommission nun, ob der Rahmen aus wichtigen wettbewerbspolitischen oder wirtschaftlichen Gründen über seine derzeitige Geltungsdauer (31. Dezember 2020) hinaus verlängert werden sollte.“

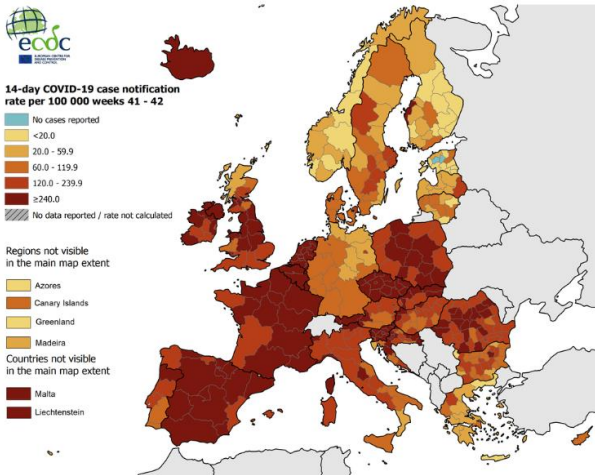
Die Kommission hat den Mitgliedstaaten einen Vorschlagsentwurf zur Stellungnahme übermittelt, der insbesondere Folgendes vorsieht:

- Die derzeit geltenden Bestimmungen des Befristeten Rahmens (auch jene für Liquiditätshilfen) sollen mit denselben Obergrenzen um sechs Monate bis zum 30. Juni 2021 verlängert werden. Ziel ist es, den Mitgliedstaaten insbesondere auch dann, wenn der Befristete Rahmen bisher noch nicht vollständig genutzt werden konnte oder musste, die Möglichkeit zu geben, Unternehmen in der Coronakrise zu unterstützen. Gleichzeitig soll der faire Wettbewerb geschützt werden.
- Der Anwendungsbereich des Befristeten Rahmens soll ausgeweitet werden, um der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit und den Bedürfnissen der Unternehmen mit hohen Umsatzeinbußen Rechnung zu tragen, indem den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben wird, einen Beitrag zu den nicht durch Einnahmen gedeckten Fixkosten von Unternehmen zu leisten. Diese Unterstützung soll verhindern, dass sich die Kapitalausstattung der Unternehmen verschlechtert. Sie soll den Unternehmen die Fortführung des Betriebs ermöglichen und eine solide Grundlage für die Erholung von der Krise verschaffen.
- Die Voraussetzungen für Rekapitalisierungsmaßnahmen auf der Grundlage des Befristeten Rahmens sollen angepasst werden, und zwar insbesondere die Voraussetzungen für den Ausstieg des Staates aus Unternehmen, an denen er bereits vor der Rekapitalisierung einen Anteil gehalten hat. Nach den vorgeschlagenen Änderungen könnte der Staat auf der Grundlage einer unabhängigen Bewertung aus solchen Beteiligungen aussteigen, wobei die Vorkehrungen zur Wahrung des wirksamen Wettbewerbs im Binnenmarkt aufrechterhalten würden.

Die Mitgliedstaaten haben nun Gelegenheit, zu dem Vorschlagsentwurf der Kommission Stellung zu nehmen.

[Pressemitteilung, Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen](#)

Corona-Pandemie in der EU/UK/EWR



Die Corona-Pandemie breitet sich im Herbst 2020 wieder in großer Intensität über die ganze EU, das Vereinigte Königreich und den Europäischen Wirtschaftsraum aus (EWR). Besonders schwer trifft es auch dieses Mal wieder Frankreich und Spanien. Im Gegensatz zur 1. Welle der Pandemie sind jetzt auch die EU-Staaten im Osten schwer betroffen. Die Tschechische Republik hielt zwischenzeitlich den traurigen Spitzenplatz bei Neuinfektionen und vielen anderen Faktoren. Alle wichtigen Indikatoren und neueste Übersichten sammelt das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten ([ECDC](https://ecdc.europa.eu/en)).

Kommission und EP gegen „Goldene Visa/Reisepässe“

Zypern, Malta und Bulgarien sind die drei EU-Länder, in denen es möglich ist, die Staatsbürgerschaft als Gegenleistung für eine Investition zu erhalten, die sogenannten "goldenen Pässe". Nicht weniger als 19 EU-Länder unterhalten Programme für den "Aufenthalt durch Investition", die als "goldene Visa" bekannt sind. Im Januar 2019 setzte die Kommission eine Expertengruppe mit Vertretern aus allen EU-Mitgliedstaaten ein, um gemeinsame Standards und Richtlinien in diesem Bereich zu entwickeln.

In einer Plenardebatte am 22. Oktober 2020 mit Justizkommissar Didier Reynders betonten die EP-Abgeordneten die Risiken, die diese Programme mit sich bringen, nämlich Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption. Sie bestanden darauf, dass Europa keinen "Schnellzugang für Kriminelle" haben dürfe. Die EU-Staatsbürgerschaft, die mit jeder nationalen Staatsbürgerschaft verbunden ist, könne nicht als Ware gehandelt werden, so die Mehrheit der Redner die die derzeit in einigen Mitgliedsstaaten existierenden "goldenen Pässe" beenden wollen.

Die Abgeordneten betonten, dass die Verleihung der EU-Staatsbürgerschaft an Drittstaatsangehörige ohne ordnungsgemäße Kontrollen und Transparenz negative Auswirkungen in anderen Mitgliedsstaaten hat, das gegenseitige Vertrauen und gemeinsame Werte untergräbt. Sie erkennen auch die Entscheidung der Kommission an, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Zypern und Malta einzuleiten, auch wenn einige sich darüber beschwerten, dass es zu lange gedauert habe, um zu handeln.

Die Kommission hat am 20. Oktober 2020 Vertragsverletzungsverfahren gegen Zypern und Malta eingeleitet. Aus Sicht der Kommission ist die Gewährung der Staatsangehörigkeit – und damit der Unionsbürgerschaft – gegen eine im Voraus festgelegte Zahlung oder Investition und ohne eine echte Verbindung zu den betreffenden Mitgliedstaaten nicht mit dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit vereinbar. Sie untergräbt auch die Integrität des Status der Unionsbürgerschaft und hat Auswirkungen auf die Union als Ganzes.

[Pressemitteilung EP](#)

[Pressemitteilung KOM](#)

EP schreibt Caruana-Galizia-Preis für investigativen Journalismus aus

Aus Anlass des dritten Jahrestags der Ermordung der maltesischen Journalistin *Daphne Caruana Galizia* hat das Europäische Parlament am 16. Oktober 2020 den Startschuss für die Ausschreibung eines Preises für investigativen Journalismus gegeben.

In Kürze möchte man die Ausschreibung für die Auswahl einer unabhängigen Organisation veröffentlichen, die dann unabhängig die Kriterien für die Preisvergabe und eine Jury bestimmen soll. Die jährliche Preisverleihung soll um den Todestag von *Caruana Galizia* herum erfolgen. Die maltesische Journalistin fiel am 16.10.2017 einem Autobombenanschlag zum Opfer, nachdem sie über Korruption in der Regierung und Verbindungen zum organisierten Verbrechen berichtet hatte.

[Pressemitteilung des EP vom 15.10.2020](#)

Kommission verabschiedet neue Strategie für Open-Source-Software

Die Kommission wird künftig Open Source verstärkt einsetzen und hat am 21. Oktober 2020 eine neue Strategie für Open-Source-Software 2020-2023 verabschiedet. Die Strategie unter dem Motto „Think Open“ beschäftigt sich mit der Förderung der innovativen und kooperativen Kraft von Open Source und fördert die gemeinsame Nutzung und Wiederverwendung von Softwarelösungen, Wissen und Fachkenntnissen, um bessere europäische Dienstleistungen anzubieten.

Die Kommission verpflichtet sich, in praktischen Bereichen der Informationstechnologien sowie in anderen strategischen Bereichen verstärkt Open Source einzusetzen und Software, Daten und Informationen gemeinsam zu nutzen und einen integrativen öffentlichen Dienst aufzubauen. Die Strategie erkennt auch die Bedeutung der Zusammenarbeit innerhalb der Kommission, mit den Mitgliedstaaten, den Unternehmen und der breiten Öffentlichkeit an, um neue, innovative digitale Lösungen zu entwickeln, die über Grenzen hinweg funktionieren und der technologischen Souveränität dienen.

Die Kommission plant z.B. die Einrichtung von Open-Source-Innovationslabors, die Beseitigung des Verwaltungsaufwands für die Veröffentlichung von Open-Source-Software, die Entwicklung von Fähigkeiten im Bereich der Open-Source-Software und die Rekrutierung von Talenten sowie die Ausweitung ihrer Reichweite auf verschiedene Gemeinschaften.

[Mitteilung zur Open Source Strategy 2020-2023](#)

[Digitalstrategie der Kommission](#)

Eurobarometer-Umfrage: Wirtschaftliche Lage größte Sorge der EU-Bürger

In der am 23. Oktober 2020 veröffentlichten neuen [Standard-Eurobarometer](#)-Umfrage nennen die europäischen Bürgerinnen und Bürger die wirtschaftliche Lage, die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten und die Einwanderung als die drei wichtigsten Anliegen auf EU-Ebene. Die wirtschaftliche Lage ist auch das Hauptanliegen auf nationaler Ebene, gefolgt von Gesundheit und Arbeitslosigkeit.

In der neuen Eurobarometer-Umfrage, die im Juli und August durchgeführt wurde, spiegeln sich Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage in der Wahrnehmung der aktuellen Wirtschaftslage wider. 64 % der europäischen Bürgerinnen und Bürger stufen die Lage als „schlecht“ ein und 42 % glauben, dass sich die Wirtschaft ihres Landes erst „2023 oder später“ von den negativen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen wird.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind hinsichtlich der Maßnahmen, die die EU zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen hat, geteilter Meinung (45 % zufrieden und 44 % „nicht zufrieden“). 62 % geben jedoch an, dass sie der EU vertrauen, in Zukunft die richtigen Entscheidungen zu treffen, und 60 % bleiben optimistisch hinsichtlich der Zukunft der EU.

Das Vertrauen in die Europäische Union ist seit Herbst 2019 mit 43 % stabil geblieben, wobei die öffentliche Wahrnehmung während der Pandemie schwankt. Das Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente hat zugenommen (40 %, + 6 Prozentpunkte bzw. 36 %, + 2). In 15 Mitgliedstaaten gab eine Mehrheit der Befragten an, dass sie der EU vertrauen, wobei die höchsten Werte in Irland (73 %), Dänemark (63 %) und Litauen (59 %) verzeichnet wurden.

Am geringsten ist das Vertrauen in die EU in Italien (28 %), Frankreich (30 %) und Griechenland (32 %). Der Anteil der Befragten mit positivem Bild von der EU ist genauso hoch wie der Anteil der Befragten mit neutralem Bild (40 %). 19 % der Befragten haben ein negatives Bild von der EU (-1 Prozentpunkte). In 13 Mitgliedstaaten gab eine Mehrheit der Befragten an, dass sie ein positives Bild von der EU haben, wobei die höchsten Prozentsätze in Irland (71 %), Polen und Portugal (jeweils 55 %) verzeichnet wurden.

[Pressemitteilung](#)



Am 27. Oktober 2020 wurde die Europäische Route der Leuchttürme eingeläutet. Die Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union hat gemeinsam mit dem Online-Dienst der Schweriner Volkszeitung einen Livestream gesendet, der die Zuschauerinnen und Zuschauer auf eine Reise zu Leuchttürmen in Mecklenburg-Vorpommern und in der Bretagne entführt hat.

Unsere virtuellen Gäste waren: Stefano Dominioni, Direktor des Europäischen Institutes

für Kulturrouten in Luxemburg; Dr. Marc Pointud, Président de la Société Nationale pour le Patrimoine des Phares et Balises (SNPB) in Frankreich; Klaus Möller, Vorstand des Fördervereines Leuchtturm in Warnemünde; Lars Miersch, Technischer Leiter des Robbenforschungszentrums der Universität Rostock und Franziska Ploetz, Leiterin des Gerhart-Hauptmann-Hauses auf Hiddensee.

Neben technischen Leuchtturm-Bauwerken gehören ebenso Leuchttürme der Wirtschaft, der Kunst, der Kultur und der Wissenschaft zur zukünftigen Europäischen Route der Leuchttürme. Derzeit gibt es 38 Kulturrouten des Europarates, diese bilden ein Basisnetzwerk das Grundsätze wie kulturelle Demokratie, kulturelle Vielfalt oder grenzüberschreitenden Austausch befördern sollen.

Die „European Lighthouse Route“ soll im Sommer nächsten Jahres das offizielle Zertifikat des Europarates erhalten. Schon jetzt ist das Interesse an diesem Projekt riesig. Kurz nach der Live-Sendung kamen Interessenten der gesamten Nordseeküste und des Wattenmeeres auf uns zu. Vereinigungen aus Polen, Estland und Dänemark stehen auch bereits in den Startlöchern. Und allen Anfragen ist eines gemeinsam: Der Wunsch, überregional an einem gemeinsamen völkerverbindenden europäischen Projekt mitzuwirken.

Link: <https://lighthouse-route.eu>

Vertragsverletzung gegen Ungarn: Zugang zu Asylverfahren

Am 30. Oktober 2020 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, da Ungarn den Zugang zu Asylverfahren nach Auffassung der Kommission unzulässig beschränkt. Demnach verstoßen aus Sicht der Kommission neue Asylverfahren, die in ungarischen Rechtsvorschriften als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie festgelegt wurden, gegen die EU-Asylverfahrensrichtlinie. Nach den neuen Verfahren müssen Drittstaatsangehörige, bevor sie internationalen Schutz in Ungarn beantragen können, zunächst in einer ungarischen Botschaft außerhalb der Europäischen Union eine Absichtserklärung abgeben, in der sie ihren Wunsch bekunden, Asyl zu beantragen. Zu diesem Zweck muss Ihnen eine spezielle Einreisegenehmigung erteilt werden. Nach Auffassung der Kommission stelle diese Vorschrift eine unzulässige Beschränkung des Zugangs zum Asylverfahren dar, die im Widerspruch zur Asylverfahrensrichtlinie im Licht der Charta der Grundrechte stehe, da sie Personen, die sich im Hoheitsgebiet Ungarns, auch an der Grenze, aufhalten, daran hindert, dort internationalen Schutz zu beantragen. Das Land hat nun zwei Monate Zeit, um auf die von der Kommission vorgebrachten Argumente zu reagieren.

[Pressemitteilung](#)

COVID-19: Empfehlungen zu Beschränkungen der Freizügigkeit

Der Rat hat am 13. Oktober 2020 eine [Empfehlung](#) für eine koordinierte Vorgehensweise bei der Beschränkung der Freizügigkeit aufgrund der COVID-19-Pandemie angenommen. Mit dieser Empfehlung sollen Fragmentierung und Beeinträchtigungen vermieden und die Transparenz und Berechenbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen erhöht werden. Alle Maßnahmen, die die Freizügigkeit zum Schutz der öffentlichen Gesundheit einschränken, sollen verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein und sollen aufgehoben werden, sobald es die epidemiologische Lage zulässt. Die Mitgliedstaaten sollten dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wöchentlich die verfügbaren Daten zu den folgenden Kriterien zur Verfügung stellen:

- Zahl der neu gemeldeten Fälle pro 100 000 Einwohner in den letzten 14 Tagen
- Zahl der Tests, die pro 100 000 Einwohner in der letzten Woche durchgeführt wurden (Testquote)
- prozentualer Anteil der positiven Tests an den in der letzten Woche durchgeführten Tests (Testpositivitätsrate)

Auf der Grundlage dieser Daten sollte das ECDC wöchentlich eine nach Regionen aufgeschlüsselte Karte der EU-Mitgliedstaaten veröffentlichen, um die Mitgliedstaaten bei ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen. Die Gebiete sollten in den folgenden Farben gekennzeichnet werden:

- **grün**, wenn die 14-Tage-Melderate unter 25 und die Testpositivitätsrate unter 4 % liegt
- **orange**, wenn die 14-Tage-Melderate unter 50 liegt, die Testpositivitätsrate jedoch 4 % oder mehr beträgt, oder wenn die 14-Tage-Melderate zwischen 25 und 150 und die Testpositivitätsrate unter 4 % liegt
- **rot**, wenn die 14-Tage-Melderate bei 50 oder mehr liegt und die Testpositivitätsrate 4 % oder mehr beträgt oder wenn die 14-Tage-Melderate bei mehr als 150 liegt
- **grau**, wenn nicht genügend Informationen vorliegen oder wenn die Testquote unter 300 liegt

Die Mitgliedstaaten sollten die Freizügigkeit von Personen, die in „grüne“ Gebiete oder aus „grünen“ Gebieten reisen, nicht beschränken. Bei der Prüfung, ob sie Beschränkungen verhängen, sollten sie die Unterschiede in der epidemiologischen Lage zwischen „orange“ und „roten“ Gebieten beachten und verhältnismäßig vorgehen. Sie sollten dabei auch die epidemiologische Lage in ihrem eigenen Hoheitsgebiet berücksichtigen. Die Mitgliedstaaten sollten Reisenden aus anderen Mitgliedstaaten die Einreise grundsätzlich nicht verweigern. Mitgliedstaaten, die es für notwendig erachten, Beschränkungen einzuführen, könnten von Reisenden aus nicht „grünen“ Gebieten verlangen,

- sich in Quarantäne zu begeben oder
- sich nach der Ankunft einem Test zu unterziehen.

Die Mitgliedstaaten können die Möglichkeit einräumen, diesen Test durch einen vor der Ankunft durchgeführten Test zu ersetzen. Ferner könnten die Mitgliedstaaten bei Einreisen in ihr Hoheitsgebiet die Vorlage ausgefüllter Reiseformulare verlangen. Ein einheitliches europäisches Reiseformular sollte zur möglichen gemeinsamen Verwendung erarbeitet werden. Die Empfehlung des Rates ist kein rechtsverbindliches Instrument. Die Behörden der Mitgliedstaaten bleiben für die Umsetzung des Inhalts der Empfehlung verantwortlich.

[Pressemitteilung](#)

Rat will Polizeipartnerschaften und das Asylsystem stärken

Auf dem Rat für Inneres am 8. Oktober 2020 standen das Migrations- und Asylpaket, die Zusammenarbeit mit Drittländern in Migrationsfragen und Polizeipartnerschaften im Mittelpunkt. Der Rat fand als Videokonferenz statt.

In der ersten Aussprache zum neuen Vorschlag zum Migrations- und Asylpaket stimmten die Innenministerinnen und -minister weitgehend dem Ansatz des Vorsitzes zu, die neue Asyl- und Migrationsreform schrittweise voranzubringen. In den weiteren Verhandlungen wird sich zeigen, ob die dafür erforderlichen Kompromisse eingegangen werden.

Umstritten sind u.a. der Solidaritätsmechanismus, insbesondere wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, das Grenzverfahren und die Fristen zur Antragsbescheidung. Ziel der deutschen Präsidentschaft ist, bis zum Ende des Vorsitzes eine politische Einigung über das Verfahren vor der Einreise in die EU, die Verhinderung von Missbrauch des Asylsystems und der gemeinsamen Solidarität zu erreichen.

Die Ministerinnen und Minister diskutierten die jüngsten Entwicklungen und Initiativen zur Zusammenarbeit mit Drittländern in Migrationsfragen, insbesondere in Bezug auf Nordafrika und den westlichen Balkan. Derzeit wird eine Plattform zur Verbesserung der Koordinierung zwischen allen beteiligten Akteuren der östlichen Mittelmeerroute eingerichtet.

Nach einer Videokonferenz am 13. Juli 2020, an der mehrere EU-Mitgliedstaaten und nordafrikanische Partner teilnahmen, werden nun verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Zusammenarbeit beim Grenzmanagement und bei der Verhinderung und Bekämpfung der Schleusung von Migranten funktionell zu gestalten.

Die Ministerinnen und Minister erörtern die Entwicklung einer strategischen Europäischen Polizeipartnerschaft, um der polizeilichen Zusammenarbeit auf EU-Ebene neue Impulse zu verleihen. Sie legen den Schwerpunkt darauf, dass die bestehende Sicherheitsarchitektur in drei Bereichen verbessert werden muss:

- Einsatz neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz, um aus dem ständig wachsenden Datenfluss bessere Erkenntnisse ziehen zu können;
- Verstärkung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften, indem der Besitzstand im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit konsolidiert und dafür Sorge getragen wird, dass Polizeibeamte mühelos in Erfahrung bringen können, welche Kooperationsinstrumente ihnen zur Verfügung stehen;
- Aufbau einer aktiven Partnerschaft mit Drittländern, in deren Rahmen gewährleistet ist, dass wir effizient zusammenarbeiten können und dabei europäischen Werte treu bleiben.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Verhandlungsposition zum EU-Katastrophenschutzverfahren

Am 7. Oktober 2020 nahm der Rat seine Verhandlungsposition zu den finanziellen Aspekten des neuen Vorschlags der Kommission zur Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens an.

Das Verhandlungsmandat sieht Mittel in Höhe von insgesamt 1,263 Mrd. € im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027 vor und umfasst auch einen Betrag von bis zu 2,056 Mrd. € für die Umsetzung der katastrophenschutzbezogenen Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Krise, die im EU-Instrument für den Wiederaufbau vorgesehen sind.

Das Verhandlungsmandat deckt nur die finanziellen Aspekte des von der Kommission am 2. Juni 2020 vorgelegten Vorschlags ab, mit dem effizientere, effektivere und flexiblere Maßnahmen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der EU ermöglicht werden sollen.

Der Rat ist der Ansicht, dass bei den übrigen Regelungen frühere und gegenwärtige Erfahrungen mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und anderer Risiken mit erheblichen Auswirkungen objektiv analysiert werden müssen. Dies muss bei der Überprüfung des derzeitigen Mechanismus berücksichtigt werden. Dies betrifft u.a. die Schaffung von europäischen Einheiten zur Unterstützung bei Katastrophen. Zugleich müssen die Verhandlungen über die Vorschläge bezüglich der Finanzausstattung für den Zeitraum 2021-2027 rasch abgeschlossen werden, damit sie bis zum 1. Januar 2021 in Kraft treten können.

[Pressemitteilung](#)

Vertragsverletzung gegen Polen zum polnischen Justizgesetz

Die Kommission hat am 30. Oktober 2020 wegen des neuen polnischen Justizgesetzes vom 20. Dezember 2019 das Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen verschärft. Das Gesetz, das am 14. Februar 2020 in Kraft trat, gefährde aus Sicht der Kommission die richterliche Unabhängigkeit der polnischen Richter und sei nicht mit dem Vorrang des EU-Rechts vereinbar. Zudem hindere das Gesetz polnische Gerichte daran, bestimmte EU-Bestimmungen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit direkt anzuwenden und dem Gerichtshof der Europäischen Union in diesen Fragen Vorabentscheidungsersuchen vorzulegen. Die Kommission akzeptiert die polnische Begründung nicht. Die polnische Regierung hat nun zwei Monate Zeit, um die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet

Am 28. Oktober 2020 haben sich die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten auf ein Mandat für Verhandlungen über befristete Vorschriften geeinigt, durch die es Anbietern von Kommunikationsdiensten, wie internetbasierten E-Mail- und Messaging-Diensten, ermöglicht wird, die Aufdeckung sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet fortzusetzen. Diese vorübergehenden Vorschriften müssen bis zum 21. Dezember 2020 vorliegen, denn dann tritt der umfassende Europäische Kodex für die elektronische Kommunikation in Kraft. Mit diesem wird eine neue Definition der elektronischen Kommunikationsdienste eingeführt. Nach der Änderung müssen diese Dienste die Vorschriften zur Vertraulichkeit gemäß der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation und nicht mehr gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einhalten. Es wird ihnen ohne eine spezifische Ausnahmeregelung nicht mehr möglich sein, mittels ihrer bisher eingesetzten Verfahren sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet zu bekämpfen. Dies soll ihnen durch den Vorschlag der Kommission weiter ermöglicht werden. Der Rat und das Europäische Parlament müssen sich im weiteren Verfahren auf einen endgültigen Text einigen.

[Pressemitteilung](#)

EP fordert konkrete Vorschläge zum Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz

Am 20. Oktober 2020 nahm das Europäische Parlament drei Entschlüsse zur Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) an. Diese behandelten ethische Aspekte, Haftungsfragen und das Urheberrecht.

Die [Legislativinitiative](#) zu ethischen Grundsätzen fordert, dass zukünftige Gesetze in Übereinstimmung mit mehreren Leitprinzipien erlassen werden sollten, darunter: eine auf den Menschen ausgerichtete KI; Sicherheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht; Schutz vor Diskriminierung; Recht auf Wiedergutmachung bei entstandenen Schäden; soziale und ökologische Verantwortung und Achtung der Privatsphäre und des Datenschutzes.

Die [EntschlieÙung](#) zur Haftung fordert, dass diejenigen, die Hochrisiko-KI betreiben, streng für daraus resultierende Schäden haftbar gemacht werden sollten. Ein klarer Rechtsrahmen würde Innovationen fördern, indem Unternehmen Rechtssicherheit geboten, die Bürger geschützt und ihr Vertrauen in KI-Technologien gefördert würden. Während Hochrisiko-KI-Technologien immer noch selten sind, sind die Abgeordneten der Ansicht, dass ihre Betreiber eine Versicherung abschließen sollten, die der für Kraftfahrzeuge ähnelt.

Die [EntschlieÙung](#) zum Urheberrecht betont, dass die Entwickler von KI durch Patente und das Urheberrecht geschützt werden sollten. Dies sei eine Voraussetzung dafür, dass die EU zu einem wichtigen Entwicklungsstandort von KI werde. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass KI keine Rechtspersönlichkeit haben sollte. Daher sollte das Recht an geistigen Eigentum auch bei von KI geschaffenen Werken nur Menschen gewährt werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission will Menschenrechtsverletzungen weltweit besser verfolgen

Am 19. Oktober 2020 hat die Kommission, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Sanktionen gegen schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße vorgelegt. Der Vorschlag ergänzt den Beschluss des Rates, der vom Hohen Vertreter Josep Borrell vorgeschlagen wird und mit dem die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte festgelegt werden soll. Damit soll die EU sich stärker für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts einsetzen. Durch den Vorschlag der Kommission sollen flexible Instrumente geschaffen werden, um diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Dabei soll es nicht darauf ankommen, wo und von wem die Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Als Sanktionsregelungen sind Maßnahmen wie das Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverboten vorgesehen. Es ist zudem erstmalig vorgesehen, dass die Kommission die Umsetzung der Reiseverbote beaufsichtigt. Der Vorschlag ist nach dem Prinzip des „Magnitsky Acts“ geschaffen worden. Der „Global Magnitsky Act“ ist ein amerikanisches Gesetz, welches die USA dazu ermächtigt, weltweit diejenigen, die Menschenrechte verletzen, persönlich zu bestrafen. Im weiteren Verfahren muss der Rat über die Annahme der Rechtsakte entscheiden.

[Pressemitteilung](#)

Rat fordert stärkere Digitalisierung der Justiz

Der Rat für Justiz fand am 9. Oktober 2020 als Videokonferenz statt. Eine Präsenzsitzung in Luxemburg wurde kurzfristig abgesagt. Die Ministerinnen und Minister diskutierten den Entwurf von [Schlussfolgerungen](#) zum Thema „Zugang zur Justiz – Nutzung der Chancen der Digitalisierung“ aus, die im Nachgang am 13. Oktober 2020 angenommen wurden. Digitale Instrumente können dazu beitragen, Verfahren besser zu strukturieren und die Bearbeitung von standardisierten und einheitlichen Aufgaben zu automatisieren und zu beschleunigen, wodurch die Wirksamkeit und Effizienz von Gerichtsverfahren erhöht wird. Die Mitgliedstaaten werden dazu aufgefordert, die digitalen Instrumente für den gesamten Verlauf von Gerichtsverfahren stärker zu nutzen. Die Kommission wird aufgefordert, bis Ende 2020 eine umfassende EU-Strategie für die Digitalisierung der Justiz auszuarbeiten. Zudem wird festgestellt, dass die Nutzung künstlicher Intelligenz im Justizsektor bereits erforscht und entwickelt wird, aber dabei nicht in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen darf.

Der Rat diskutierte auch die Bekämpfung von Antisemitismus und Hetze. Der Schwerpunkt der Diskussion lag darauf, wie das strafrechtliche Vorgehen gegen Antisemitismus verbessert werden kann.

Weiterhin stellte der Vorsitz den Entwurf von Schlussfolgerungen zur Charta der Grundrechte im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und dem digitalen Wandel vor. Dieser Entwurf von Schlussfolgerungen soll einen Beitrag zur Debatte über den digitalen Wandel in der EU und zu der Frage leisten, wie sichergestellt werden kann, dass bei diesen technologischen Entwicklungen die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt werden.

Weiterhin bekundeten die Ministerinnen und Minister ihre breite Unterstützung für die Strategie der Kommission zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern.

[Pressemitteilung](#)

EP fordert wirksamen Rechtsstaatsmechanismus

Das Europäische Parlament hat am 7. Oktober 2020 eine [Entschließung](#) für einen EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte am Mittwoch mit 521 zu 152 Stimmen bei 21 Enthaltungen angenommen. Der europäische Mechanismus soll zur Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte in der EU beitragen. Erreicht werden soll das durch ein faktengestütztes Instrument, das unter Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit in gleicher, objektiver und gerechter Weise für alle Mitgliedstaaten gelten soll. Der neue „jährliche Überwachungszyklus“ müsse auf der Grundlage länderspezifischer Empfehlungen einerseits vorbeugen und andererseits Abhilfe schaffen. Finanzielle Maßnahmen bei Verstößen sollen dazu die Durchsetzung fördern. Die Kommission wird aufgefordert, auf der Grundlage dieser Entschließung einen Vorschlag vorzulegen.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Vorratsspeicherung nur in Ausnahmefällen zulässig

Am 6. Oktober 2020 hat der Gerichtshof der Europäischen Union in [der Rechtssache C-623/17](#) und in [den verbundenen Rechtssachen C-511/18, C-512/18, und C-520/18](#) entschieden, dass ein Anbieter von elektronischen Kommunikationsdiensten nicht verpflichtet werden darf, grundlos alle Verkehrsdaten und Standortdaten zum Zwecke der Verbrechensbekämpfung im Allgemeinen oder zur Wahrung der nationalen Sicherheit zu übermitteln oder zu speichern. Im Regelfall verstoße dies gegen die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation i.V.m. der Charta der Grundrechte. In den Fällen ging es um belgische, britische und französische Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung. Mit den beiden Urteilen bestätigt der Gerichtshof seine Rechtsprechung vom 8. April 2014 (C-293/12 und C-594/12) und 21. Dezember 2016 (C-203/15 und C-698/15). Weiterhin präzisiert der Gerichtshof, in welchen Fällen solche Daten gespeichert und abgerufen werden dürfen. Dabei stellt der Gerichtshof klar, dass die nationale Gesetzgebung in den Geltungsbereich der europäischen Richtlinie 2002/58 fällt, selbst wenn Daten an die nationalen Sicherheits- und Geheimdienstbehörden weitergeleitet werden.

Eingriffe dürften nur unter einer strengen Abwägung mit anderen Rechtsgütern erfolgen, besonders streng sind die Anforderungen dabei an eine automatische Datenverarbeitung. Eine Ausnahme sieht der Gerichtshof für den Fall einer schweren Gefahr für die nationale Sicherheit. Dann sei eine zeitlich befristete grundlose Speicherung aller Verkehrs- und Standortdaten zulässig, wenn ein Gericht oder andere unabhängige Stelle das Vorliegen einer Gefahr für die nationale Sicherheit bestätigen.

Weiterhin sind gesetzliche Maßnahmen zulässig, durch welche sich die Datenerhebung lokal oder auf einen verdächtigen Personenkreis beschränkt, u.a. auch eine Erfassung in Echtzeit. Auch ist bei einer Gefahr für die nationale Sicherheit oder schwerer Kriminalität die Speicherung und der Abruf von IP-Adressen unter strengen Auflagen und Fristen möglich, um die Quelle einer Kommunikation zu ermitteln. Auch die Verpflichtung an einen Dienstanbieter zur Speicherung von Daten ist bei einem begründeten Verdacht in schweren Fällen möglich. Im Falle des Vorhandenseins von Daten bei einem Dienstleister könne ein Rückgriff auf diese erfolgen, wenn ein Verdacht auf schwere Straftat oder eine Gefahr für die nationale Sicherheit vorliegt. Die nationalen Gesetze müssen aber Regelungen gegen einen Missbrauch vorsehen. Weiterhin stellt der Gerichtshof fest, dass ein nationales Gericht keine Beweismittel nutzen darf, die durch allgemeine und undifferenzierte Speicherung von Daten erlangt wurden.

Ein Verfahren zur deutschen Vorratsdatenspeicherung (BVerwG, Az.: 6 C 12.18 u.a.) ist zurzeit noch beim EuGH anhängig. Mit einem Urteil wird in einigen Monaten gerechnet.

[Pressemitteilung](#) (ENG)

EuGH: Völkerrechtliche Verpflichtungen als Teil des europäischen Rechts

Am 6. Oktober 2020 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-66/18 entschieden, dass Teile des ungarischen Hochschulgesetzes nicht mit dem europäischen Recht vereinbar seien. Die Kommission hatte gegen Ungarn ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Durch das ungarische Hochschulgesetz wurde geregelt, dass ausländische Hochschulen nur in Ungarn tätig werden können, wenn es dafür völkerrechtliche Verträge gibt und die jeweilige Hochschule auch in dem Staat lehrend tätig wird, in dem sie ihren Sitz hat. Bezüglich der Verpflichtung von völkerrechtlichen Verträgen sind die Hochschulen mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU ausgenommen. Auswirkungen hatte dieses Gesetz auf die Central European University (CEU), die ihren Sitz in den USA hat und sich aufgrund des Gesetzes 2018 weitestgehend aus Ungarn zurückgezogen hat.

Der EuGH führte aus, dass auch das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) als Teil der Gründungsverträge der Welthandelsorganisation (WTO), dessen Mitglied die EU ist, Teil des europäischen Rechts ist. Eine unterschiedliche Behandlung der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Mitgliedern der WTO stelle einen Verstoß gegen das GATS dar und verletze daher die Pflicht Ungarns gegenüber der Union, die sich aus dem GATS ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Bedingung, dass Hochschulen auch in dem Staat, in dem sie ihren Sitz haben, lehrend tätig werden müssen, verstößt unter anderem gegen das GATS, die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) und EU-Grundrechte (Art. 13, 14 III, 16 EU-GrCH). Die Niederlassungsfreiheit erstreckte sich dabei regelmäßig auch auf Unternehmen, die in einem Mitgliedsstaat errichtet werden, nur um ihre Tätigkeit in einem anderen Mitgliedsstaat aufzunehmen. Bezüglich aller Verstöße konnte Ungarn keine tragenden Rechtfertigungsgründe vorbringen. Zwar könne der, von Ungarn vorgebrachte, Schutz von hohen Bildungsstandards grundsätzlich ein Rechtfertigungsgrund darstellen, allerdings müssen die Rechtfertigungsgründe seitens des sich darauf berufenden Mitgliedsstaates bewiesen werden. Diesen Beweis konnte Ungarn jedoch nicht erbringen. [Pressemitteilung](#) (ENG)

Übertragung von Durchführungsbefugnissen bei der Mehrwertsteuer

Am 1. Oktober 2020 veröffentlichte die Kommission eine neue Initiative zur Übertragung von Durchführungsbefugnissen im Bereich der Mehrwertsteuer auf die Kommission.

Dabei nimmt die Kommission bis zum 29. Oktober 2020 Rückmeldungen zu ihrem Fahrplan entgegen. Durch diese Initiative soll der Mehrwertsteuerausschuss zu einem Komitologieausschuss werden.

Damit würde die Kommission in die Lage versetzt, mit Zustimmung des Mehrwertsteuerausschusses Durchführungsvorschriften zu bestimmten, genau definierten Aspekten der Mehrwertsteuer zu erlassen. Dies würde aus Kommissionssicht die EU-Beschlussfassung in Mehrwertsteuerfragen vereinfachen.

[Pressemitteilung](#)

Zwischenbilanz zur Umsetzung der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise

Die Kommission gab am 12. Oktober 2020 die ersten vorläufigen Ergebnisse der Umsetzung der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII) und der Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII+) bekannt. Seit Beginn der Krise und dank der im Rahmen der Kohäsionspolitik eingeführten Flexibilität habe die EU über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds Investitionen von über 13 Mrd. EUR angestoßen, um die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen. Insgesamt seien 4,1 Mrd. EUR für das Gesundheitswesen umgeschichtet worden, um lebenswichtige Maschinen und persönliche Schutzausrüstungen zur Rettung von Menschenleben anschaffen zu können. 8,4 Mrd. EUR konnten mobilisiert werden, um die Wirtschaft und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in der Krise zu unterstützen. Schließlich wurden rund 1,4 Mrd. EUR bereitgestellt, um Arbeitsplätze zu retten. So konnten laut Kommission die nationalen, regionalen und lokalen Gemeinschaften ihren Kampf gegen die negativen Auswirkungen von Corona auf Wirtschaft und Gesellschaft besser führen. Die Kommission schaltete zudem am 12. Oktober 2020 eine Datenplattform frei, die zeigen soll, wie die EU-Kohäsionspolitik die Mitgliedstaaten in der Coronakrise unterstützt. Sämtliche Informationen zu Programmänderungen, zur Verteilung der Mittel und zu ihrer Verwendung sollen dort täglich aktualisiert werden. Alle konkreten Ergebnisse sollen dort öffentlich per Mausklick auf einer interaktiven Corona-Übersichtsseite nachverfolgt werden können.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Arbeitsprogramm für 2021 präsentiert

Die Kommission hat am 19. Oktober 2020 ihr Arbeitsprogramm für 2021 präsentiert. Es steht unter dem Motto „Eine vitale Union in einer fragilen Welt“ und bestätigt die Entschlossenheit der Kommission, den ökologischen und digitalen Wandel anzuführen: Der langfristige Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft, die für das digitale Zeitalter gerüstet ist, soll beschleunigt werden. Unternehmen und Beschäftigte in ganz Europa sind schwer von der Corona-Krise getroffen. Es geht jetzt darum, Europa nicht nur medizinisch, sondern auch wirtschaftlich wieder gesund zu machen. Die Eindämmung des Virus auf gesundheitlicher Ebene, als auch die Eindämmung der wirtschaftlichen Schäden der Krise müssen im Zentrum der Anstrengungen stehen.

[Arbeitsprogramm](#)

Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung gestartet

Die Kommission will Nachhaltigkeit entsprechend dem europäischen Grünen Deal stärker in der Unternehmensführung verankern und hat dazu am 26. Oktober eine öffentliche Konsultation eingeleitet. „Nachhaltige Unternehmensführung kann die Art und Weise, wie Unternehmen in ihren Lieferketten operieren, wirklich verändern. Damit sollen künftige neue Geschäftsstandards gesichert. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation werden in einen Gesetzgebungsvorschlag einfließen, den die Kommission im Jahr 2021 vorlegen wird.

[Konsultation](#)

EIB-Gruppe und Commerzbank unterstützen KMU in Deutschland in der Coronakrise

Die Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Investitionsfonds (EIF) haben der Commerzbank eine Garantie von rund 125 Mio. € bereitgestellt. Damit kann die Commerzbank kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland mit Krediten von insgesamt 500 Mio. € unterstützen. Die Finanzierung soll die Auswirkungen der Coronakrise auf kleinere Unternehmen, Selbstständige und Midcaps abfedern, die derzeit mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben.

[Pressemitteilung](#)

EU ist bereit für Führungsrolle in globalen Gesundheitsfragen

Anlässlich des Weltgesundheitsgipfels am 25. Oktober 2020 hob Frau von der Leyen die Verantwortung der Europäischen Union in globalen Gesundheitsfragen hervor. Die Europäische Union habe mit ihrem Einsatz für globale Impfallianzen in diesem Jahr die Grundlagen gelegt und wolle mit dem Weltgesundheitsgipfel unter der italienischen G20-Präsidentschaft im kommenden Jahr eine globale Führungsrolle übernehmen.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Kommission schließt dritten Vertrag über Impfstoff

Nach den Verträgen mit AstraZeneca und mit Sanofi-GSK hat die Kommission am 8. Oktober einen dritten Vertrag für den Kauf eines Covid-Impfstoffs abgeschlossen. Der Vertrag mit dem Pharmaunternehmen Janssen Pharmaceutica, einem Unternehmen der Janssen Pharmaceutical Companies of Johnson & Johnson, ermöglicht es Mitgliedstaaten, Impfstoff für 200 Millionen Menschen anzukaufen, sobald sich dieser als sicher und wirksam gegen COVID-19 erwiesen hat. Zudem erhalten sie eine Option auf den Kauf von Impfstoff für weitere 200 Millionen Menschen. Der Impfstoffkandidat befindet sich bereits in Phase III der klinischen Studien. Die Kommission hat außerdem erfolgreiche Sondierungsgespräche mit CureVac, BioNTech-Pfizer und Moderna abgeschlossen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission unterzeichnet Vertrag über Beschaffung von Remdesivir

Die Kommission hat am 7. Oktober mit dem Pharmaunternehmen Gilead einen Rahmenvertrag für die gemeinsame Beschaffung von bis zu 500.000 Behandlungseinheiten von Veklury (Markenname von Remdesivir) unterzeichnet, der auch eine Option vorsieht, die Lieferung über diese 500 000 Behandlungseinheiten hinaus aufzustocken. An der Vereinbarung sind 36 Unterzeichnerstaaten beteiligt, darunter alle EU-Länder, die EWR-Länder Norwegen und Island, das Vereinigte Königreich sowie sechs Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer (Albanien, die Republik Nordmazedonien, Montenegro, Serbien, das Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina). Derzeit ist Veklury das einzige Arzneimittel mit einer bedingten EU-Zulassung für die Behandlung von sauerstoffpflichtigen COVID-19-Patienten.

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: EMA startet Zulassungsverfahren für zwei Impfstoffkandidaten

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 6. Oktober das „Rolling Review“ des gemeinsamen Coronavirus-Impfstoffkandidaten der Unternehmen Pfizer und BioNTech gestartet. Zuvor hatte die EMA bereits am 1. Oktober ein entsprechendes Verfahren für den gemeinsamen Impfstoffkandidaten von AstraZeneca und der Universität Oxford eingeleitet. Während normalerweise alle zur Beurteilung der Wirksamkeit und Sicherheit eines Arzneimittels benötigten Daten auf einmal zusammen mit dem Zulassungsantrag bei der EMA eingereicht werden müssen, können im Rahmen eines „Rolling Review“ die Daten vom Hersteller schon vor der formalen Antragstellung nach und nach eingereicht werden.

[Pressemitteilung](#)

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-starts-second-rolling-review-covid-19-vaccine>

EuGH billigt Beschränkungen für Online-Verkauf von Arzneimitteln

Der Europäische Gerichtshof entschied am 1. Oktober, dass ein Mitgliedstaat, für den eine Dienstleistung des Online-Verkaufs nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel bestimmt ist, in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Apotheken, die solche Arzneimittel verkaufen, nicht verbieten darf, kostenpflichtige Links in Suchmaschinen oder Preisvergleichsportalen einzusetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen dürfe er aber die Werbung einschränken, Angebote für Arzneimittel verbieten und verlangen, dass in den Vorgang der Online-Bestellung von Arzneimitteln ein Anamnesefragebogen aufgenommen wird.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Tourismusforum

Das Europäische Tourismusforum wird jährlich von der Kommission und dem Land, welches den Vorsitz des Rates der Europäischen Union hält, organisiert. Das Forum fand daher dieses Mal am 23. Oktober unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im Zeichen der COVID19-Krisenbewältigung und der Neuausrichtung des Tourismus in Europa statt. Repräsentanten der EU-Mitgliedstaaten tauschten sich gemeinsam mit der Kommission sowie nationalen, europäischen und internationalen Tourismusexperten dazu aus, wie der Tourismus in Europa wiederbelebt werden kann.

[Pressemitteilung](#)

Unternehmen bekommen Sanktionsberatung für Handel mit Iran

Die Kommission hat am 6. Oktober zwei kostenlose Online-Plattformen gestartet, die kleinen und mittlere Unternehmen (KMU) helfen sollen, Handel mit Iran zu betreiben. So hilft ein Helpdesk zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht dabei zu prüfen, ob bestimmte Geschäftsprojekte mit den EU-Sanktionen vereinbar sind. Eine „Sanktions-beratung“ bietet KMU in der EU eine allgemeine, unverbindliche Orientierungshilfe dazu, ob ihre Geschäftsprojekte unter die Sanktionen der EU gegen Iran fallen könnten. Im Einklang mit dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) hob die EU alle wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen auf, die sie im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm verhängt hatte. Eine Reihe von Beschränkungen der EU im Hinblick auf Iran bleiben jedoch bestehen.

[Pressemitteilung](#)

EP für ehrgeizige Handelsagenda

In seiner Entschliebung vom 7. Oktober 2020 zur Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018 ist das Europäische Parlament der Ansicht, dass eine ehrgeizige multilaterale, plurilaterale und bilaterale Agenda, der Abschluss fairer und für beide Parteien nutzbringender Handelsabkommen, bei denen eine strikte Gegenseitigkeit und die Einhaltung der strengen Normen und hohen Standards Europas in sensiblen Bereichen sichergestellt werden, Menschenrechte und deren wirksamer Schutz, die Beseitigung ungerechtfertigter Handelshemmnisse und bei Bedarf der Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente die beste Möglichkeit sind, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in einer globalisierten Welt zu steigern.

[Pressemitteilung](#)

EU-Rahmen für Prüfung ausländischer Investitionen voll funktionsfähig

Seit dem 11. Oktober ist der EU-Rahmen für das Screening ausländischer Direktinvestitionen (FDI) voll funktionsfähig. Die im März 2019 verabschiedete FDI-Screening-Verordnung schuf einen EU-weiten Rahmen, in dem die Kommission und die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen in Bezug auf ausländische Investitionen koordinieren können. Nach dem formellen Inkrafttreten der FDI-Screening-Verordnung im April 2019 haben die Kommission und die Mitgliedstaaten daran gearbeitet, die notwendigen operativen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung der Verordnung zu schaffen. Dazu gehörte, dass formelle Kontaktstellen und sichere Kanäle in jedem Mitgliedstaat und innerhalb der Kommission für den Austausch von Informationen und Analysen eingerichtet wurden.

[Pressemitteilung](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich

Die Kommission hat am 1. Oktober ein Aufforderungsschreiben an das Vereinigte Königreich gerichtet, weil das Land gegen seine Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen verstoßen hat. Mit diesem Schritt beginnt ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren. Das Vereinigte Königreich hat einen Monat Zeit für eine Antwort. „Wie Sie wissen, hatten wir unsere britischen Freunde gebeten, die problematischen Teile ihres Gesetzentwurfs für den Binnenmarkt bis Ende September zu streichen. Die Frist ist gestern abgelaufen“, erklärte Präsidentin Ursula von der Leyen. Die EU stehe zu ihren Verpflichtungen im Austrittsabkommen.

[Pressemitteilung](#)

Rat nimmt neue Trinkwasserrichtlinie an

Der Rat hat am 23. Oktober 2020 seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie in erster Lesung förmlich festgelegt. Ziel der neuen Vorschriften ist es die Qualitätsstandards für Trinkwasser auf den neusten Stand zu bringen, Hygieneanforderungen für Materialien aufzunehmen, mit denen Trinkwasser in Berührung kommt (z.B. Leitungen) und einen kosteneffizienten, risikobasierten Ansatz für die Überwachung der Wasserqualität einzuführen. Außerdem soll eine Beobachtungsliste bezüglich der Auswirkung von Umwelthormonen, Arzneimitteln und Mikroplastik erstellt werden. Die Stellungnahme entspricht dem Kompromiss der zwischen dem Rat und dem Europäische Parlament im Dezember 2019 erzielt wurde. Der Standpunkt wird nun dem Europäischen Parlament zur Abstimmung in zweiter Lesung zugeleitet, welches diesen wahrscheinlich billigen wird. Dann kann die Richtlinie 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Position zum Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik

Der Rat hat am 21. Oktober 2020 seine Verhandlungsposition (allgemeiner Ansatz) zum Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 beschlossen. Diese Position enthält einige starke Zusagen der Mitgliedstaaten für höhere Umweltambitionen mit Instrumenten wie verbindlichen Ökosystemen (eine Neuheit im Vergleich zur derzeitigen Politik) und einer verbesserten Konditionalität. Gleichzeitig ermöglicht die vereinbarte Position den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität bei der Erreichung der Umweltziele. Zum Beispiel würde es eine zweijährige Pilotphase für Ökosysteme geben, und die Mitgliedstaaten würden Flexibilität bei der Zuweisung von Mitteln im Rahmen verschiedener umweltfreundlicher Praktiken genießen.

Einige konkrete Beispiele für höhere Umweltstandards sind:

- Die Landwirte würden finanzielle Unterstützung erhalten, sofern sie klimafreundliche und umweltschonende Praktiken anwenden, um die GAP noch umweltfreundlicher als zuvor zu gestalten.
- Landwirte, die über die grundlegenden Umwelt- und Klimabedingungen hinausgehen, würden durch die Einführung von "Umweltprogrammen" zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten. Diese neuen Instrumente für den Umwelt- und Klimaschutz wären an ein spezielles Budget gebunden, das Teil des Direktzahlungsbudgets ist. Es wäre zu 20% zweckgebunden, was bedeutet, dass sie durch den Einsatz von Öko-Systemen freigeschaltet würden. Eine erste Pilotphase von zwei Jahren würde sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten nicht dringend benötigte Mittel verlieren, während sie sich mit den neuen Instrumenten vertraut machen. Indikative Beispiele für Ökosysteme sind Praktiken wie Präzisionslandwirtschaft, Agroforstwirtschaft und ökologischer Landbau. Den Mitgliedstaaten steht es jedoch frei, ihre eigenen Instrumente auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse zu entwerfen.
- Alle Landwirte wären an höhere Umweltstandards gebunden; sogar die kleineren. Um ihnen bei diesem Übergang zur Ökologisierung zu helfen, würden Kleinbauern vereinfachten Kontrollen unterzogen, wodurch der Verwaltungsaufwand verringert und gleichzeitig ihr Beitrag zu den Umwelt- und Klimazielen sichergestellt würde.

Im weiteren Verfahren muss jetzt eine Einigung mit dem Europäischen Parlament gefunden werden.

[Pressemitteilung \(ENG\)](#)

EU-Agrar- und Lebensmittelprodukte sollen in China geschützt werden

In einer mit 38 Stimmen bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen angenommenen Entschließung unterstützte der Handelsausschuss das im September 2020 unterzeichnete EU-Abkommen mit China. Es soll sicherstellen, dass einhundert europäische Produkte mit geografischen Angaben (GIs) wie Cava, Feta, Münchener Bier, Polska Wódka, Prosciutto di Parma und Queso Manchego vor Nachahmung und Missbrauch des Produktnamens geschützt werden. Im Gegenzug genießen einhundert chinesische Produkte in der EU den gleichen Schutz. Innerhalb von vier Jahren soll das Abkommen um weitere 175 europäische und chinesische Produkte erweitert.

Das Parlament wird auf seiner ersten November-Sitzung (11.-12. November) über seine Zustimmung zu dem Abkommen und der dazugehörigen Entschließung abstimmen. Mit Zustimmung des Parlaments muss der Rat das Abkommen annehmen, damit es Anfang 2021 in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung](#)

EU-Agrarpolitik soll umweltfreundlicher, gerechter und krisenfester werden

Am 23. Oktober 2020 nahm das EU-Parlament seinen Standpunkt zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2022 an. Das Verhandlungsteam des Parlaments ist nun bereit für die Gespräche mit den Ministern der Mitgliedstaaten. Das Parlament setzt sich dafür ein, die Agrarpolitik der EU besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten zuzuschneiden. Klar sei aber auch, dass in der gesamten Union weiterhin gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen müssen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten künftig Strategiepläne ausarbeiten, die von der Kommission gebilligt werden.

Landwirte sollen künftig klima- und umweltfreundliche Methoden anwenden müssen, um Direkthilfen zu erhalten. Zudem sollen mindestens 35 % der für die ländliche Entwicklung veranschlagten Gelder in den Klima- und Umweltschutz fließen. Mit mindestens 30 % der Gelder für Direktzahlungen wiederum sollten Öko-Programme finanziert werden, die zwar freiwillig wären, aber den Landwirten mehr Einkommen brächten.

Nach dem Willen des Parlaments soll es in allen Mitgliedstaaten landwirtschaftliche Beratungsdienste geben. Es will außerdem, dass mindestens 30 % der EU-Gelder dafür vorgesehen werden, Landwirte bei der Bewältigung des Klimawandels, der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und bei ihren Artenschutzbemühungen zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten sollten die Landwirte dazu anregen, 10 % ihrer Flächen so zu gestalten, dass die Artenvielfalt gefördert wird.

Die jährlichen Direktzahlungen an Landwirte, die 60 000 Euro überschreiten, will das Parlament schrittweise kürzen und auf 100 000 Euro begrenzen. Die Landwirte könnten jedoch die Möglichkeit haben, 50 % der Lohn- und Gehaltskosten vom Gesamtbetrag abzuziehen, bevor die Kürzungen greifen. Mindestens 6 % der Direktzahlungen der Mitgliedstaaten sollten kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommen. Liegt dieser Anteil bei mehr als 12 %, sollte die Deckelung des Betrags jedoch freigestellt sein.

Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, mit mindestens 4 % ihrer Mittel für Direktzahlungen Junglandwirte zu unterstützen.

Das Parlament sprach sich auch dafür aus EU-Subventionen sollte nur erhalten, wer tatsächlich landwirtschaftlich betätigt, daher seien Betreiber von Flughäfen, Eisenbahndiensten, Wasserwerken, Immobiliendienstleistungen und dauerhaften Sport- und Freizeitanlagen automatisch ausgeschlossen.

Das Parlament will zudem die Strafen für Landwirte verschärfen, die wiederholt gegen EU-Auflagen in Bereichen wie Umweltschutz und Tierschutz verstoßen. Anstatt wie bisher 5 % sollten sie künftig 10% ihrer Ansprüche verlieren.

[Pressemitteilung](#)

Veggie-Burger und Tofu-Steaks: Keine Änderung der Kennzeichnung von Produkten auf pflanzlicher Basis

Das EU-Parlament beschloss am 23. Oktober 2020 die Ablehnung von Vorschlägen, sich auf Fleisch beziehende Bezeichnungen allein für fleischhaltige Produkte zu reservieren. Für Produkte auf pflanzlicher Basis und die Namen, die sie derzeit beim Verkauf verwenden, wird sich demnächst nichts ändern.

EU-Parlament gegen Entwaldung

Am 23. Oktober 2020 sprach sich das EU-Parlament gegenüber der Kommission dazu aus, Vorschriften zur Eindämmung der von der EU getriebenen globalen Entwaldung zu erlassen.

Derzeit gibt es keine EU-Gesetzgebung, die das Inverkehrbringen von Produkten, die zur Zerstörung von Wäldern außerhalb der EU beitragen, verbietet. In der Folge wissen die europäischen Verbraucher nicht, ob die von ihnen gekauften Produkte zur Entwaldung beitragen, einschließlich unersetzlicher Tropenwälder, die für die Bekämpfung des Klimawandels oder den Schutz der biologischen Vielfalt von Bedeutung sind.

Daher hat das Parlament einen Bericht angenommen, in dem die Kommission aufgefordert wurde, einen EU-Rechtsrahmen vorzulegen, um die EU-gesteuerte globale Entwaldung zu stoppen und umzukehren.

[Pressemitteilung](#)

EU-Forststrategie: Bewirtschaftung der EU-Wälder und Waldgebiete

Die EU-Forststrategie der Kommission für die Zeit nach 2020, die Anfang 2021 vorgelegt werden soll, sollte unabhängig und eigenständig sein, sich am Europäischen Green Deal orientieren und sicherstellen, dass die Wälder weiterhin eine multifunktionale Rolle spielen können. Das forderten die Abgeordneten in einer nicht-legislativen Entschließung vom 08. Oktober 2020.

Nachhaltige Forstwirtschaft (Sustainable Forest Management, SFM) soll die Anpassungsfähigkeit der Wälder an sich verändernde Klimabedingungen erhöhen und ihre ökologische, aber auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Nachhaltigkeit fördern, so die Abgeordneten. Waldbesitzer, die SFM-Prinzipien anwenden, sollten bessere finanzielle Unterstützung erhalten, einschließlich neuer spezifischer Hilfen für Natura-2000-Gebiete, und einen gerechten Ausgleich für wirtschaftliche Verluste erhalten, die durch die Einführung von Schutzmaßnahmen verursacht werden.

Die neue Strategie, so die Abgeordneten, solle dazu beitragen, die europäische Katastrophenresilienz und die Frühwarnsysteme zu stärken, um die Vorbeugung und Bereitschaft, zum Beispiel für Brände, Überschwemmungen oder Schädlingsbefall zu erhöhen. Sie fordern, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf Waldbrände wirksam eingedämmt werden und bestehen auf einer angemessenen Finanzierung von Forschung und Innovation, um die Wälder klimaresistenter zu machen. Waldbesitzer sollten mehr Unterstützung für die Anwendung präventiver Maßnahmen, die Bewältigung von Krisen und die Wiederherstellung betroffener Waldgebiete erhalten, zum Beispiel durch einen neuen EU-Notfallmechanismus, wie die Abgeordneten hinzufügen.

[Pressemitteilung](#)

EU-Parlament lehnt Gesetzgebung zu Lebensmitteln mit Acrylamid und Titanoxid ab

Das EU-Parlament hat in seiner Plenarsitzung vom 08. Oktober 2020 Änderungen von Rechtsvorschriften abgelehnt, die mit Titandioxid und Acrylamid enthaltene Lebensmittel betreffen. Das Parlament fordert die Kommission auf, das Vorsorgeprinzip anzuwenden und von der EU-Liste der zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffe zu streichen, die derzeit hauptsächlich zum Färben von Süßwaren, Back- und Backwaren sowie Kaugummi, Süßigkeiten, Pralinen und Eiscreme verwendet werden.

[Pressemitteilung](#)

Rat tagt zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

Der Rat hat am 19. Oktober 2020 Schlussfolgerungen zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ angenommen, mit denen das Ziel, ein europäisches nachhaltiges Lebensmittelsystem von der Erzeugung bis zum Verbrauch zu entwickeln, unterstützt werden soll. Die Strategie soll für ausreichende und erschwingliche Lebensmittel sorgen und dabei gleichzeitig ein Beitrag zur Klimaneutralität der EU bis 2050 geleistet werden, ein gerechtes Einkommen für Primärerzeuger gesichert und deren nachdrückliche Unterstützung sichergestellt werden.

In den Schlussfolgerungen fordert der Rat wissenschaftlich fundierte Ex-ante-Folgenabschätzungen als Grundlage für die Gesetzgebungsvorschläge der EU im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“. Ferner fordert er, den vorsichtigen und verantwortungsvollen Einsatz von Pestiziden, antimikrobiellen Mitteln und Düngemitteln auszubauen, um Lebensmittel nachhaltig zu erzeugen und die Umwelt zu unterstützen. Darüber hinaus fordern die Ministerinnen und Minister gleiche Wettbewerbsbedingungen auf wettbewerbsorientierten Agrar- und Lebensmittelmärkten und die Einhaltung der WTO-Regeln.

[Pressemitteilung](#)

Fangbeschränkungen Ostsee für 2021

Der Rat hat am 20. Oktober 2020 eine Einigung über die Fangmöglichkeiten in der Ostsee für das Jahr 2021 erzielt, wobei der Schwerpunkt auf der Erholung der Fischbestände lag. Die Ministerinnen und Minister kamen überein, die Fangmöglichkeiten für mehrere Fischbestände weiter zu verringern, damit diese sich erholen können. Die Ministerrunde beschloss, bei der Schließung der Fischerei auf Dorsch in der östlichen Ostsee zu bleiben und nur eine Beifangquote vorzusehen, die wiederum gegenüber der Quote des letzten Jahres deutlich verringert wurde.

Die größten Einschnitte bei den zulässigen Gesamtfangmengen (Total Allowable Catches – TACs) gab es im Hinblick auf Hering im westlichen und mittleren Teil der Ostsee. Die Ministerinnen und Minister einigten sich auf eine mäßige Anhebung der TACs für Hering im Rigaischen Meerbusen, Dorsch in der westlichen Ostsee, Scholle, Sprotte und Lachs im Hauptbereich des Ostsee-Meeresbeckens. Neben der Festsetzung der TACs und der Quoten für bestimmte Arten hat der Rat zusätzliche Maßnahmen vereinbart. Dazu gehören u.a:

- Beibehaltung der bestehenden Sommersperrzeit während der Laichsaison für Dorsch in der östlichen Ostsee, mit Ausnahme der rein wissenschaftlichen Fischerei und der kleinen Küstenfischerei mit bestimmtem Fanggerät
- Beibehaltung des Verbots der Freizeitfischerei auf Dorsch in der östlichen Ostsee und Beibehaltung der niedrigen Fangbegrenzung für die Freizeitfischerei auf Dorsch in der westlichen Ostsee

[Pressemitteilung](#)

Europäische Woche der beruflichen Qualifikationen

Vom 9. bis 11. November 2020 wird zum 5. Mal die Europäische Woche der beruflichen Qualifikationen, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit der deutschen Präsidentschaft im Rat der europäischen Union ausgerichtet wird, stattfinden; in diesem Jahr in digitaler Form. Ziel ist es, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu steigern und die soziale Wertschätzung der Berufsbildung zu verbessern. Es sollen Karrieremöglichkeiten aufgezeigt werden, die ein Berufsbildungsweg für junge Menschen und Erwachsene gleichermaßen bieten kann.

[Link zur Registrierung](#)

Bericht zur Bezahlung von Lehrkräften und Schulleitern

Am 5. Oktober 2020 - zum Weltlehrertag - veröffentlichte das Eurydice-Netzwerk der Kommission seinen jährlichen Bericht „Teachers' and School Heads' Salaries and Allowances in Europe 2018/19“. Dieser beschäftigt sich mit den wichtigsten Veränderungen der Gehälter europäischer Lehrkräfte und Schulleiter in den vorangegangenen Jahren und setzt diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Mitgliedsstaaten.

[Der Bericht](#)

Digitale Kluft im Bildungswesen

Am 22. Oktober 2020 warnte das Europäische Parlament vor einer Vertiefung der Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung durch die Corona-Krise. Um negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, forderte es die Kommission auf, stärker in neue Bildungstechnologien und Training für Lehrkräfte, besonders im ländlichen Raum, zu investieren. Zudem wurde statt der vom Rat vorgesehenen Budgetkürzung im Bereich der Bildung die Forderung nach einer Aufstockung des Erasmus+-Budgets bekräftigt. Um dem Mangel an Austausch von bewährten Verfahren im Bildungsbereich während der Corona-Krise entgegenzuwirken, schlugen die Abgeordneten außerdem die Einrichtung einer Plattform vor. Basierend auf dem Bildungspaket der Kommission müsse die Vision eines europäischen Bildungsraumes konkretisiert werden.

[Pressemitteilung](#)

EuGH erklärt ungarisches Hochschulgesetz in Teilen unvereinbar mit EU-Recht

Am 6. Oktober 2020 hat der EuGH in einem Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Ungarn (C-66/18) geurteilt, dass das ungarische Gesetz zur Beschränkung der Tätigkeit ausländischer Hochschulen gegen Unionsrecht verstößt.

Siehe auch unter [Justiz](#).

[Pressemitteilung](#)

[Text des Urteils](#)

Zusammenarbeit und Innovation im europäischen Museumssektor

Am 1. Oktober 2020 hat die Kommission einen Aufruf veröffentlicht, der die Situation der Museen und kultureller Organisationen, die von der COVID-19-Krise besonders betroffen sind, beinhaltet. Einnahmeverluste und digitale Transformation drängen zum Handeln. Einerseits könnten digitale Mittel Lösungen in Bezug auf die Funktionen von Museen anbieten.

Auf der anderen Seite bestehe ein großes Potenzial für Innovation und Experimente mit neuen Technologien sowie für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Kultur-, Kreativ- und Technologiesektor. Investitionen in digitale Technologien seien für Museen unerlässlich, um innovativ zu sein und sich den neuen Umständen anzupassen.

Die Ausschreibung geht vom 1. Oktober 2020 bis zum 21. Januar 2021.

[Zur Ausschreibung](#)

Neues Europäisches Bauhaus

Am 14. Oktober 2020 hat die Kommission das neue Europäische Bauhaus als Denk- und Versuchsraum ins Leben gerufen. Das erklärte Ziel ist es, eine neue Ästhetik des Europäischen Grünen Deal in Zeiten einer großen Renovierungswelle durch kreatives Engagement, nachhaltiges Design und einer Verbindung zwischen Wissenschaft und Kultur sichtbar zu machen.

Denn so soll der Deal für jeden Einzelnen greifbar, anschaulich und attraktiv werden. In drei Schritten – vom Design über die Durchführung von nachhaltigen, effizienten und zukunftsorientierten Bauhausprojekten bis hin zur Verbreitung der Idee – wird die Vision verankert. Dabei kommen unter anderem ein Diskussionsforum, ein Versuchslabor, aber auch eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zum Einsatz.

[Pressemitteilung](#)

Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2020

Am 22. Oktober 2020 gab der Präsident des Europäischen Parlaments die Preisträger des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit bekannt. Am 16. Dezember 2020 soll die demokratische Opposition in Belarus, vertreten durch den Koordinierungsrat, die Initiative mutiger Frauen und politische sowie zivilgesellschaftliche Persönlichkeiten, für die Verteidigung der Demokratie ausgezeichnet werden. Der Preis ist mit 50.000 € dotiert.

[Die Finalisten](#)

[Pressemitteilung](#)

Verlängerung der Europäischen Kulturhauptstädte

Anfang Oktober 2020 hat der Rat der Europäischen Union entschieden, einem Vorschlag der Kommission zu folgen, der es den jetzigen Europäischen Kulturhauptstädten Galway und Rijeka ermöglicht, noch bis zum 30. April 2021 ihre Programme umzusetzen.

Die Corona-Krise hatte den ursprünglichen Zeitplan durcheinandergebracht. Weiterhin ist vorgesehen, dass Griechenland und Rumänien nun 2023 statt wie geplant 2021 die Europäischen Kulturhauptstädte stellen werden.

[Pressemitteilung](#)

Nordic Breakfast zum Thema Offshore



Am 18. November 2020, 10.00 Uhr wird die IHK Nord zusammen mit dem Energieminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Christian Pegel und dem Europaabgeordneten Niklas Nienaß aus Rostock ein Online-Seminar zum Thema Offshore durchführen. Dabei geht es darum, dass Europa bis 2050 klimaneutral sein will und muss. Das bedeutet auch, dass es einen erheblichen Ausbau der Offshore-Windenergie in Norddeutschland braucht – langfristig verknüpft mit dem Aufbau einer effizienten Wasserstoffproduktion und -infrastruktur.

Offshore-Energieprojekte sind mit besonderen Anforderungen hinsichtlich Erzeugung, Verteilung und Nutzung konfrontiert. Diese stellen gerade für grenzüberschreitende Offshore-Projekte eine Herausforderung dar.

Norddeutschland bietet mit seinen Küsten ausgezeichnete Bedingungen für den Ausbau der Offshore-Energie. Auch den norddeutschen Häfen kommt als „Basisstationen“ eine zentrale Rolle zu. In der Veranstaltung sollen über norddeutsche Ansätze und Antworten auf die europäische Offshore-Strategie diskutiert werden

[Link zur Veranstaltung](#)

Kommission; Kollegium beschließt Mitteilung zur Gebäude-Renovierungswelle

Am 14. Oktober 2020 hat die Kommission ihre Strategie für eine Renovierungswelle zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden beschlossen und veröffentlicht. Die Kommission beabsichtigt, die Renovierungsquote in den nächsten zehn Jahren mindestens zu verdoppeln. Dies soll dazu führen, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, die Treibhausgasemissionen in Europa zu verringern, die Digitalisierung zu fördern und mehr Baustoffe wiederzuverwenden oder zu recyceln. Bis 2030 sollten laut Kommission 35 Millionen Gebäude renoviert und bis zu 160.000 zusätzliche nachhaltige Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe und den Nebengewerben geschaffen werden. Auf Gebäude entfallen laut Kommission ca. 40% des Energieverbrauchs in der EU und 36% der Treibhausgasemissionen. Derzeit werden jährlich lediglich 1% des Gebäudebestands durch Renovierungen energieeffizienter.

[Pressemitteilung](#)

Hochkarätige Konferenz zum Thema Wasserstoff

Unter deutscher Ratspräsidentschaft fand am 5. Oktober 2020 eine hochrangige Konferenz zum Thema Wasserstoff als Videokonferenz statt. EU-Energiekommissarin Kadri Simson hielt die Eröffnungsrede. Im Anschluss diskutierte sie mit den Teilnehmern über die Frage, wie die Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa vom 8. Juli 2020 konkret umgesetzt werden kann und welche Schritte nötig sind, damit Wasserstoff einen bedeutenden Beitrag zur Dekarbonisierung leisten kann.

[Webstream](#)

Kommission bewertet nationale Energie- und Klimapläne

Die Kommission hat am 14. Oktober 2020 den [Bericht zur Lage der Energieunion 2020](#) verabschiedet. In den Einzelbewertungen der [27 nationalen Energie- und Klimapläne \(NECP\)](#) werden der Pfad und die Ambitionen jedes Mitgliedstaats zu den Klima- und Energiezielen für 2030 analysiert. Die [Kommission ermuntert Deutschland](#), im Rahmen des europäischen Aufbauplans „Next Generation EU“ beispielsweise in nachhaltigen Verkehr und umweltfreundliche Energieinfrastruktur zu investieren, Subventionen für fossile Brennstoffe abzubauen und Engpässe etwa beim Ausbau von Stromnetzen durch einfachere Verwaltungsverfahren zu beseitigen

Es ist der erste Bericht, der erste seit der Annahme des [europäischen Grünen Deals](#) und beleuchtet den Beitrag der Energieunion zu den langfristigen Klimazielen Europas. Die Gesamtbewertung zeigt, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sind, die Klimaziele für 2030 zu erreichen und dabei zumeist gute

Fortschritte machen. In den Berichten wird hervorgehoben, welchen Beitrag der Energiesektor zur Überwindung der durch COVID-19 verursachten Wirtschaftskrise leisten kann. Die Energieunion hat sich bislang angesichts der für unsere Energiesysteme und die Arbeitskräfte im Energiebereich durch die Pandemie entstandenen Herausforderungen als robust erwiesen.

Der diesjährige Bericht zur Lage der Energieunion wird erstmals von einer Analyse der [Energiesubventionen](#) begleitet, in der festgestellt wird, dass bessere Daten über Energiesubventionen benötigt werden und größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Subventionen, die Erzeugung und Verbrauch fossiler Brennstoffe fördern, zu verringern.

Außerdem wurde heute ein [Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie](#) veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass es der EU-Industrie gelungen ist, die Chancen der Umstellung auf saubere Energie zu nutzen. Die Branche übertrifft in Bezug auf Wertschöpfung, Arbeitsproduktivität und Beschäftigungswachstum die konventionellen Energietechnologien. Darüber hinaus nahm die Kommission Fortschrittsberichte zum Energiebinnenmarkt, zu Energiepreisen und -kosten, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien an.

[Vollständige Pressemitteilung](#)

[Bericht zur Lage der Energieunion](#) und [Anhang des Berichts zur Lage der Energieunion](#)

[Website zum Bericht zur Lage der Energieunion 2020](#)

[27 nationale Energie- und Klimapläne \(NECP\)](#)

[EU-weite Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne](#)

[Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie](#)

[Anhang zu Energiesubventionen](#)

[Fortschrittsbericht zur Energieeffizienz](#)

[Fortschrittsbericht zu erneuerbaren Energien](#)

[Anhang zum Energiebinnenmarkt](#)

[Bericht über Energiepreise und -kosten](#)

EP fordert weitere Stärkung der Jugendgarantie

Am 8. Oktober 2020 forderten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments angesichts steigender Jugendarbeitslosigkeit von den Mitgliedstaaten weitere Maßnahmen, um den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf junge Menschen entgegenzuwirken. In einer Entschließung drängt das EP die Mitgliedstaaten, dafür Sorge zu tragen, dass jungen Menschen, die sich zur Teilnahme an Jugendgarantieprogrammen entschließen, Arbeits- und Ausbildungsplätze, sowie Praktika in hoher Qualität angeboten werden. Seit 2014 hat die Jugendgarantie 24 Millionen jungen Menschen geholfen, eine Ausbildung, Bildung oder Arbeit zu erhalten.

Im Juli 2020 schlug die Kommission vor, ihren Geltungsbereich auf Jugendliche unter 30 Jahren auszuweiten und damit noch mehr Menschen beim grünen und digitalen Übergang zu unterstützen. Die Stärkung der Jugendgarantie trägt wesentlich zur laufenden Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte bei. Im Juli 2020 billigte das Parlament eine Gesamtmittelausstattung von 145 Mio.€ für die Jugendbeschäftigungsinitiative, die junge Menschen unterstützt, die in Regionen leben, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 % liegt.

[Pressemitteilung](#)

Erste European Gender Equality Week

Anlässlich des 25. Jahrestages der Verabschiedung der „Beijing Declaration and Platform for Action“ – dem Abschlussdokument der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 – hat das Europäische Parlament auf Initiative des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter die „European Gender Equality Week“ ins Leben gerufen. Die erste Europäische Woche dieser Art findet 26. bis 29. Oktober 2020 statt. Das Programm beinhaltet Debatten, Präsentationen, Anhörungen und viele weitere Formate, die auch von anderen Fachausschüssen des Europäischen Parlaments veranstaltet werden.

[Presseinformation](#)

[Weiterführende Informationen](#)

Berichte zur Bekämpfung von Desinformation veröffentlicht

Am 7. Oktober 2020 veröffentlichte die Kommission den zweiten Teil der Berichte über die Maßnahmen zur Bekämpfung falscher und irreführender Informationen im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Die Unterzeichner des Verhaltenskodex für Desinformation sind u.a. Facebook, Google, Microsoft, TikTok und Twitter.

Die aktuellen Berichte zeigten, dass Internetplattformen die Sichtbarkeit maßgeblicher Informationsquellen erhöht und Inhalte herabgestuft und entfernt haben, die gegen ihre aktualisierten Nutzungsbedingungen verstoßen. Sie hätten ihre Bemühungen verstärkt, Werbung zu blockieren oder zu entfernen, die die Krise ausnutzt. Die Kommission stellt aber fest, dass die Datensätze genauer sein könnten. So liegen teilweise nur weltweite und nicht EU-spezifische Daten vor.

[Pressemitteilung](#)

140. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Vom 12. bis 14. Oktober 2020 fand die 140. Plenartagung des Ausschusses der Regionen und parallel dazu die 18. Europäische Woche der Regionen und Städte in einem Onlineformat statt. Die Mitglieder nahmen aufgrund der Corona-Pandemie auch online am Plenum teil.

Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, vertreten. Gastredner waren Bundeskanzlerin Angela Merkel, Präsidentin Ursula von der Leyen, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans, Vizepräsident der Kommission Maroš Šefčovič, Kommissarin Elisa Ferreira, Kommissar Paolo Gentiloni, Kommissar Nicolas Schmit und Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank.

Die [Bundeskanzlerin](#) ging auf die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft ein. Sie zählte neben der Corona-Krisenbewältigung, insbesondere die Asyl- und Migrationspolitik, die Digitalpolitik und die Herausforderungen durch den Klimawandel auf. Frans Timmermans betonte, dass der Klimawandel insbesondere auf der Ebene der Gemeinden und Regionen angegangen werden müsse. Auf der Europäischen Woche der Regionen und Städte fanden über 500 Arbeitssitzungen, Ausstellungen und Networking-Veranstaltungen zum Thema regionale und lokale Entwicklung statt. Dieses Mal fand sie erstmals nur online statt.

Im Plenum sind neben der Corona-Pandemie u.a. folgende Themen behandelt worden: Gleichwertige Lebensverhältnisse; Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung; Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen; Programm „EU4Health“; Verstärktes EU-Katastrophenschutzverfahren; Bericht über die Hindernisse im Binnenmarkt und Aktionsplan für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften; Demografischer Wandel; Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang; Der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise; Europäischer Aufbauplan zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie: Aufbau- und Resilienzfazilität und Instrument für technische Unterstützung; Europäisches Jahr der Schiene (2021); KMU-Strategie; Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie; Weißbuch zur künstlichen Intelligenz; Der Regionale Innovationsanzeiger und seine Bedeutung für eine regionale ortsbezogene Politik; Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025; Der Europäische Klimapakt; Paket REACT-EU; Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft; Für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen der Mittelmeerinseln; Neuauflage der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt; Eine neue Industriestrategie für Europa; Solidarität mit den Flüchtlingen aus Moria – Humanitäre Hilfe lokaler und regionaler Gebietskörperschaften.

[Tagesordnung](#)

Wettbewerb für kreative Köpfe - Baltic Sea Youth Dialogue 2020

Der Ostseerat, das deutsche Auswärtige Amt und die Ostseejugendplattform führen unter der Überschrift "Baltic Sea Youth Dialogue 2020" einen Wettbewerb in den drei Kategorien Essay, Poster und Projektidee durch. Junge Kreative im Alter zwischen 18 und 30 Jahren sind eingeladen, ihre Vorstellungen für eine nachhaltige Zukunft der Ostseeregion im Rahmen dieses Wettbewerbs zu präsentieren. Die Preise für die besten Beiträge werden am 12. Dezember 2020 in einer Zeremonie online verliehen. Einsendeschluss ist der 30. November 2020.

Homepage des [Ostseerates](#)

Präsident der KPKR Ostsee-Kommission im Amt bestätigt

Die Delegierten der Mitgliedsregionen der KPKR Ostsee-Kommission haben auf ihrer Jahresversammlung den bisherigen Präsidenten Herr Jari Nahkanen (Oulu, Finnland) im Amt bestätigt. Er setzte sich knapp gegen Frau Annika Sandström (Stockholm, Schweden) durch, die bisher das Amt der Vizepräsidentin innehatte. Begrüßt wurde die neue Exekutivsekretärin Lucille Ehrhart.

Weitere Themen waren die Umsetzung des Wiederaufbaupaktes und des „Green Deals“ der EU in der Ostseeregion, wobei sich die Ostsee-Kommission für die Einbeziehung der regionalen Ebene, die Schwerpunktsetzung auf bestehende Kooperationsstrukturen und die Bezugnahme auf Innovationsstrategien in der Region aussprach.

Zudem sprach sich die Organisation für eine nachhaltige Entwicklung der Tourismuswirtschaft aus, unter anderem durch die Stärkung von regionalen Wertschöpfungsketten. Begrüßt wurde auch der überarbeitete Aktionsplan zur EU-Ostseestrategie, der künftig enger mit den in der Region zur Verfügung stehenden Förderinstrumenten verzahnt werden solle.

Die Ostsee-Kommission (Baltic Sea Commission) ist eine der geografischen Kommissionen der Konferenz der Peripheren Küstenregionen (KPKR). In ihr arbeiten Regionen aus Finnland, Schweden und Estland sowie Mecklenburg-Vorpommern zusammen.

Homepage der [KPKR Ostsee-Kommission](#)

Fördermöglichkeit für Anschubprojekte in der EU-Ostseestrategie

Anschubprojekte bieten einen guten Rahmen, um mit überschaubaren Eigenmitteln größere Folgeprojekte vorzubereiten. Das Swedish Institute bietet eine solche Möglichkeit für die Politikbereiche in der [EU-Ostseestrategie](#) an.

Vom 19. November 2020 bis zum 11. Februar 2021 können Projektvorschläge eingereicht werden. Unter der Federführung eines schwedischen Partners und mindestens zweier weiterer Partner aus den Ostseeanrainerstaaten einschließlich Russland sowie der Ukraine oder Weißrusslands sind Vorhaben mit einer maximalen Laufzeit von 18 Monaten förderfähig. Die Fördersumme beträgt bis zu 500.000 Schwedische Kronen, umgerechnet ca. 48.500 Euro. Über die Anträge wird am 30. Juni 2021 entschieden.

Homepage des [Swedish Institute](#)

Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie diskutiert Fortschritte und Perspektiven

Über 800 Personen hatten sich für das 11. Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie angemeldet, das am 20. Oktober 2020 online durchgeführt wurde. Unter dem Motto "Towards a Decade of Innovation and Sustainability" wurde diskutiert, wie die Kooperation auch in Zeiten einer Pandemie funktioniert und welche Perspektiven sich im kommenden Jahrzehnt für die Region ergeben können.

In ihrem Beitrag unterstrich die EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen Elisa Ferreira die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit für die Erreichung der Nachhaltigkeits- und Klimaziele in der EU. Als gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit nannte die finnische Umweltministerin Krista Mikkonen, dass man aufgrund der Fortschritte im Schutz der Ostsee heute wieder unbedenklich Fisch aus der Region essen könne.

Die Ziele des überarbeiteten Aktionsplans der EU-Ostseestrategie seien von großer Relevanz für die Zukunft der Ostseeregion, unterstrich der finnische Außenminister Pekka Haavisto. Sie setzten den Rahmen für die künftige Zusammenarbeit. Auch aus russischer Sicht fand der Aktionsplan Unterstützung. Der Vertreter des russischen Außenministeriums, Igor Kapyrin, unterstrich zudem die Bereitschaft, an der Ostseekooperation mitzuwirken.

Im Vorfeld des Stakeholder Forums fand wie im vergangenen Jahr ein online Jugend Camp statt, in dessen Rahmen eine Jugend-Deklaration erarbeitet wurde. Darin werden Forderungen für die einzelnen Politikbereiche des Aktionsplans formuliert.

Gastgeber und Organisatoren des Stakeholder Forums waren die Stadt Turku, der Ostseerat in Zusammenarbeit mit dem finnischen Außenministerium. Finanziert wurde das Forum durch das INTERREG-Programm Ostseeregion.

Homepage [Stakeholder Forum](#) und des [Ostseerates](#) (zur Jugend-Deklaration)

Interview mit Herrn MdEP Nienaß zur Zukunft von INTERREG

In einem Interview mit dem Gemeinsamen Sekretariat des INTERREG-Programm Ostseeregion hat sich Herr MdEP Nienaß zum 30-jährigen Bestehen von INTERREG und zur transnationalen Zusammenarbeit geäußert.

Homepage des [INTERREG-Programms Ostseeregion](#)

13. Laufende Konsultationen

Bank- und Finanzdienstleistungen	
22. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Finanzdienstleistungen – Überprüfung der EU-Vorschriften für Verwalter alternativer Investmentfonds
19. Oktober 2020 – 19. Januar 2021	Langfristige Investmentfonds – Überprüfung der EU-Vorschriften
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz	
21. Oktober 2020 – 13. Januar 2021	Das Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (2014-20) – Bewertung
Migration und Asyl	
23. September 2020 – 30. Dezember 2020	Legale Migration – öffentliche Konsultation
Justiz und Grundrechte	
26. Oktober 2020 – 8. Februar 2021	Nachhaltige Unternehmensführung
1. September 2020 – 8. Dezember 2020	EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021-2024)
7. August 2020 – 20. November 2020	Grenzüberschreitende Justiz – Europäische Vollstreckungstitel (Bewertung)
Verkehr	
5. August 2020 – 28. Oktober 2020	Nachhaltige Flugzeugtreibstoffe – ReFuelEU Aviation
Binnenmarkt	
9. Oktober 2020 – 29. Januar 2021	Elektromagnetische Verträglichkeit – Evaluierung der EU-Vorschriften
4. September 2020 – 25. Dezember 2020	Bauprodukte – Überarbeitung der EU-Vorschriften
28. September 2020 – 11. Januar 2021	Einheitliche Rundungsregeln für Barzahlungen in Euro – Bewertung
13. Juli 2020 – 9. November 2020	Postdienste – Bewertungsbericht
6. Juli 2020 – 9. November 2020	Europäische Normen für Fahrzeugemissionen – Euro 7 für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge, Lastkraftwagen und Busse
Umwelt	
22. Juli 2020 – 28. Oktober 2020	Europäischer Grüner Deal (CO2-Grenzausgleichssystem)
1. Oktober 2020 – 14. Januar 2021	EU-Emissionshandelssystem – aktualisierte Vorschriften für den Luftverkehr
30. September 2020 – 6. Januar 2021	Verringerung von Verpackungsabfällen – Überprüfung der Vorschriften
15. September 2020 – 29. Dezember 2020	Fluorierte Treibhausgase – Überprüfung der EU-Vorschriften (2015-20)

3. September 2020 – 10. Dezember 2020	<u>Entwaldung und Zerstörung von Wäldern – Verringerung der Auswirkungen von in der EU verkauften Erzeugnissen</u>
3. September 2020 – 26. November 2020	<u>Illegaler Holzeinschlag – Bewertung der EU-Vorschriften (Eignungsprüfung)</u>
27. August 2020 – 3. Dezember 2020	<u>Umweltleistung von Produkten & Unternehmen – Nachweise</u>
13. Juli 2020 – 9. November 2020	<u>Schutz der Ozonschicht – Überprüfung der EU-Vorschriften</u>
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	
20. Mai 2020 – 17. Juni 2020	<u>Meeresenergie – Bewertung der EU-Politik zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen</u>
20. Juli 2020 – 23. November 2020	<u>Europäische Fischereistatistik – vereinfachte Datenerhebung</u>
14. Juli 2020 – 27. Oktober 2020	<u>EU-Fischzuchtbetriebe (Aquakultur) – aktualisierte Leitlinien</u>
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	
7. September 2020 – 30. November 2020	<u>Ländliche Entwicklung – eine langfristige Vision für ländliche Gebiete</u>
4. September 2020 – 27. November 2020	<u>Ökologischer Landbau – Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen/biologischen Produktion in der EU</u>
7. September 2020 – 30. November 2020	<u>EU-Agrarpolitik – Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft in ländlichen Gebieten</u>
Wettbewerb	
12. Oktober 2020 – 25. Januar 2021	<u>EU automotive sector – exemption from antitrust rules (review)</u>
8. September 2020 – 5. Januar 2021	<u>Breitbandnetzausbau – Evaluierung der EU-Beihilfenvorschriften</u>
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung	
22. Juni 2020 – 9. November 2020	<u>Hilfsprogramm für die türkische Gemeinschaft Zyperns – Evaluierung</u>

14. Termine

Europäische Kommission

Veranstaltungsübersicht: https://ec.europa.eu/info/events_de

2. November 2020	Clean energy for EU islands online forum
4. – 6. November 2020	Translating Europe Forum 2020
5. November 2020	The value is on circularity – Recycling-reusing-reinvesting on critical raw materials
9. – 12. November 2020	International Product Safety Week 2020
10. November 2020	Digital launch of the first Competitiveness progress report
13. November 2020	Annual Research Conference 2020 - Europe's quest for new models of sustainable growth and convergence
16. – 20. November 2020	Just Transition Platform Meeting 16-19 November 2020 European Citizens' Initiative Week Environmental Liability Directive - 7th Stakeholder Conference
18. November 2020	Translating in the Age of Data Joint Conference of DG Budget and the Internal Audit Service
23./24. November 2020	SET Plan conference 2020: Making the SET Plan fit for the EU Green Recovery
25./26. November 2020	Strengthening geographical indications
26. November 2020	Mapping the translation profession in Malta: state of play, challenges, prospects

Rat der Europäischen Union

Sitzungskalender: [Link zum Sitzungskalender des Rates](#)

3. November 2020	Videokonferenz der Euro-Gruppe Informelle Tagung auf Ministerebene „Verbraucherschutz“
4. November 2020	Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“
9. November 2020	Video conference of foreign affairs ministers (trade)
10. November 2020	General Affairs Council
13. November 2020	Rat (Justiz und Inneres)
16./17. November 2020	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
19. November 2020	Rat (Auswärtige Angelegenheiten) Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie)
20. November 2020	Rat "Auswärtige Angelegenheiten" (Verteidigung) Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Raumfahrt)
23. November 2020	Rat "Auswärtige Angelegenheiten" (Entwicklung)

27. November 2020	Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Forschung und Innovation)
30. November 2020	Euro-Gruppe Videokonferenz der Euro-Gruppe
30. November - 1. Dezember 2020	Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport)
Europäisches Parlament	
Sitzungskalender: Link zum Sitzungskalender des EP	
11. – 13. November 2020	Plenum in Brüssel
23. – 26. November 2020	Plenum in Straßburg
Ausschuss der Regionen	
Sitzungskalender: Link zum Sitzungskalender des AdR	
8. – 10. Dezember 2020	141. Plenartagung des Ausschusses der Regionen
Ostseekooperation	
Veranstaltungsübersicht: https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/	
5. November 2020	Gemeinsames Seminar der KPKR Ostsee-Kommission und der interfraktionellen Gruppe SEArca im Europäischen Parlament zum Thema Biodiversität in der Ostsee im Zeichen des Klimawandels Links zu Informationen und Anmeldung
10. – 13. November 2020	13. Ostsee-Tourismusforum unter dem Motto „Reviving tourism in times of global change“ im Rahmen der litauischen Präsidentschaft im Ostseerat (online)
24. November 2020	8. BONUS Forum unter dem Motto “Research and Innovation for Sustainability” (online)
30. November 2020	“ Baltic Sea Youth Dialogue 2020 ”: Einsendeschluss für den Kreativwettbewerb für eine nachhaltige Zukunft der Ostseeregion
2. – 3. Dezember 2020	13. Sitzung des Begleitausschusses des INTERREG-Programms Ostseeregion und des Gemeinsamen Programmierungsausschusses zur Vorbereitung des Programms 2021 - 2020

15. Ansprechpartner

Ansprechpartner	Themenbereiche
Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu	<i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i>
Dr. Merten Barnert Komm. stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu	<i>Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i>
Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu	<i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i>
Beatrix Bönisch Referentin Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: beatrix.boenisch@mv-office.eu	<i>Wirtschaft, Arbeit, Tourismus, Gesundheit</i>
Julia Stark Referentin Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: julia.stark@mv-office.eu	<i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i>
Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu	<i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i>
Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu	<i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i>
Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu	<i>Administration, IT-Technik, Internet, Veranstaltungen</i>